

# ANTI- KRIEGSTAG ANTISTRAUSS- TAG



# Inhalt

„Seit 4.55 Uhr wird zurückgeschossen“, dröhnte es aus den Lautsprechern der Faschisten um die Welt, der 2. imperialistische Weltkrieg war ausgebrochen.—Ausgebrochen? Bereits der bürgerliche Militärtaktiker und -historiker Clausewitz sagte: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

1932/33 betrug der Rüstungshaushalt 7,5 %, 1938/39 bereits 60 %. Hitler in einer Denkschrift 1936 an die deutsche Industrie:

“1. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsetzbar sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“ Mit dem Kriegsplan für Polen wurde bereits im April 1939 begonnen, nachdem die Besetzung Böhmens und Mährens abgeschlossen war. Als Datum des Angriffs auf Polen wurde der 26.8.1939 festgelegt.

Die Faschisten meinten, eine polnische Kriegsprovokation besser verkaufen zu können. Sträflinge und eine SS-Eliteeinheit in polnischer Uniform überfielen am 1. September den deutschen Rundfunksender Gleiwitz und schossen die deutsche Wachmannschaft erbarmungslos ab. So wurde um 4.55 Uhr „zurückgeschossen“ und Polen überfallen. Das Sirenenheulen der Stukas und das hohe Pfeifen der Messerschmitt-Jäger klang über Polen. Die gesamte deutsche Panzermacht zermalmte die polnische Armee. 14 000 deutsche Soldaten fielen. Am 27.9. wurde die zuvor pausenlos bombardierte Festung Warschau erobert. 1 200 000 Polen, 300 000 Juden wurden ins neugebildete polnische Generalgouvernement „umgesiedelt“. 120 000 polnische Soldaten mußten nach Deutschland ins Arbeitslager, nur wenige überlebten.

„Ausgebrochen“ war dieser mörderischste und brutalste aller Kriege nicht. Der feige Überfall auf Polen war nur der Auftakt des Massenmordes an 60 000 000 Menschen, alles nur für die Kriegspläne der deutschen Industrie.

Die Völker der Welt wurden dem Hitlerfaschismus Herr.

Damit dieser 1. September 1939, der sich heuer zum 40. Male jährt, nie im Bewußtsein der Völker verloren geht, wurde der 1. September zum Antikriegstag erklärt. Mit Macht soll der Wunsch der Völker nach Frieden in aller Welt bekräftigt werden.

Heraus zum Antikriegstag!

Im Interesse der Arbeiter und des Friedens: Nie wieder Krieg — Stopp Strauß!

Was Strauß von den Neonazis unterscheidet und warum beide eine Gefahr für die Arbeiter sind - Was ist dran an der Geschichte mit dem Ölkrieg? - Eine Waffe dagegen - Verstaatlichung der Ölkonzerne? - Wie gegen Strauß kämpfen? ..... S. 4

Auf dem Prüfstand:

Strauß und seine Worte  
Markige Reden - aber nichts dahinter? Wir untersuchen Sprüche von Strauß genauer ..... S. 14

Pläne von Strauß gegen die Einheitsgewerkschaft enthüllt!

Wie Strauß gegen die Einheitsgewerkschaft, der Organisation der wichtigsten Friedenskraft im Lande vorgehen will ..... S. 20

Das Jein der SPD- und DGB-Führung zur Remilitarisierung oder:

Warum Soldaten Gewerkschafter werden müssen! ..... S. 24

Nie wieder Krieg! — Was heißt das heute für uns?

Ist der Imperialismus friedlicher geworden? Welche Bedeutung hat dabei ein starkes sozialistisches Lager? Was bringt uns die Forderung nach „allgemeiner Abrüstung“ oder „Stopp das Wettrüsten“? - Was ändert sich an der Kriegsfahrt durch die Atombombe ..... S. 36

Bert Brecht über Krieg und Frieden ..... S. 45

In der Armee für den Frieden kämpfen!

20 Punkte für jeden Arbeiter in Uniform und alle, die bald in diese gesteckt werden sollen

Ich bin 19 Jahre alt und will noch länger leben!

Manöverbericht Baumholder

Dieser ganze Teil beginnt auf Seite ..... S. 46

Zeittafel

Chronik der Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg ..... S. 56

## **IMPRESSUM**

**Diese Broschüre zum Antikriegstag 1979 ist  
herausgegeben von den Jungkommunisten im  
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.**

**Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:**

**Verlag Freies Volk GmbH  
Buch- und Zeitungsverlag  
Tulbeckstr. 4/ Rückgebäude**

**8000 München 2**



## Das sind sie!

So wenige und soviel Macht! Nur ein paar wie Quandt fehlen auf diesem Bild von dem Staatsakt für den toten Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto.

Ansonsten sind sie komplett, sie, die unser Land beherrschen:

in der ersten Reihe (von links): Kurt Werner (Verein deutscher Maschinenbauanstalten), Eberhard von Brauchitsch (Flick) und Bertold Beitz (Krupp); dahinter in der zweiten Reihe (von links): Horst Janott (Münchener Rück), Hermann Abs (Deutsche Bank), Anton Ernstberger (Bayerische Hypotheken- und Wechselbank), Felix Prentzel (Degussa); dahinter in der dritten Reihe (von links): Hans Merkle (Bosch), Josef Rust (Staatssekretär a.D.), Rolf Sammet (Hoechst), Franz Luterbacher (BBC). Aber sehen sie eigentlich nicht aus wie gealterte Verbrecher auf der Anklagebank? In der Tat hatten einige von ihnen wie Abs bereits die Ehre, von einem Gericht wegen ihrer Kriegsverbrechen verurteilt zu werden. Aber lassen wir es nicht dazu kommen, daß erst nach solchen neuerlichen Verbrechen das Urteil über sie gesprochen wird!

## ...und das sind wir!

Seit seinem Bestehen warnte der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (damals noch Arbeiter-Basis-Gruppen genannt) die Arbeiterbewegung und alle Antifaschisten vor Strauß, in dem die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals einen treuen Erfüllungsgehilfen gefunden haben, der hemmungslos gegen die Arbeiter vorzugehen bereit ist. Damals wurden wir noch von vielen ausgelacht, weil wir diesem "Lederhosenpolitiker" soviel Aufmerksamkeit widmen. 1972 waren noch viele Gewerkschafter und Kollegen überrascht, als sie auf antifaschistischen Kundgebungen und Antikriegsdemonstrationen unsere Losung "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" sahen. Heute ist diese Losung für fast jeden Gewerkschafter selbstverständlich. Dabei folgten wir mit unserem Kampf gegen Faschismus und Krieg nur konsequent unserem Programm, in dem es heißt:

**"Heute steht wieder vor der Arbeiterklasse die unaufschiebbare Aufgabe, den Militarismus zu bekämpfen und den Faschismus im Keim zu ersticken, um ihren historischen Weg gehen zu können, der heute auch in unserem Land nur heißen kann, nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, sondern Frieden und Freiheit durch die Revolution."**

Darum geht es. Auch in dieser Broschüre!

# Im Interesse der Arbeiter und des Friedens Nie wieder Krieg

Seit einigen Jahren vergeht kaum ein Monat in Westdeutschland ohne spektakuläre Landes- und Bundesparteitage der NPD bzw. ihrer Jugendorganisation JN, ohne das freche Auftreten der Hitlermörderbande Waffen-SS und anderer Faschisten. Die Hansa-Bande macht durch ihre Überfälle auf Demokraten und Gewerkschafter, auf Banken, Waffengeschäfte, ja sogar auf NATO-Soldaten zwecks Waffenraub von sich reden.

Die rechtsradikale Hoffmann-Bande übt den bewaffneten Einsatz gegen Arbeiter, Feldübungen stehen auf der Tagesordnung, auf öffentlichen Veranstaltungen hetzen sie gegen die Arbeiterbewegung und für einen neuen Weltkrieg. All diese Veranstaltungen laufen unter massivem Polizeischutz ab, denn die sog. "Neonazis" können nicht mehr ungestört auftreten. Überall regt sich Widerstand gegen sie, an dem die Gewerkschaftsjugend immer stärker beteiligt ist, oft in vorderster Reihe steht. Angesichts solcher Erfahrungen wurde trotz Widerstandes rechter Gewerkschaftsführer zum diesjährigen Antikriegstag die Losung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" durchgesetzt, was einen enormen Fortschritt gegenüber den Vorjahren bedeutet. Denn Aktivitäten, die sich gegen den Krieg richten, haben sehr wohl mit dem Kampf gegen den Faschismus zu tun.

## Der wirkliche Gegner heißt Strauß!

Doch handelt es sich bei unseren Aktionen gegen die Neonazis noch nicht um den

eigentlichen Kampf gegen den Faschismus, es sind bestenfalls Zusammenstöße mit Hilfstruppen der Faschisten. Warum? Erinnern wir uns: Schon in den Zwanziger Jahren reisten Hitler und andere Nazis von Villa zu Villa der Imperialisten und präsen ihnen ihr Programm an. Von den reaktionärsten Kreisen des Finanzkapitals wurden sie mit riesigen finanziellen Mitteln unterstützt, die Monopolisten zogen sich so die Politiker ihrer offen terroristischen Diktatur heran. Nur auf diesem Wege, als Zögling des Finanzkapitals, konnte Hitler auf deren Befehl die faschistische Gewalt Herrschaft über die Arbeiterklasse errichten und den zweiten imperialistischen Weltkrieg vom Zaum brechen.

Doch ist dies die Methode der Bandenchefs wie Hoffmann, Kühnen von der Hansa-Bande und anderer? Wohl kaum. Sie werden von der Bourgeoisie zwar gern gesehen, wenn sie Demokraten niederknüppeln, doch an den Haustüren der Villen wird man sie wohl nicht empfangen. Hier gehen andere, viel seriöser wirkende Herren ein und aus: Biedenkopf, Dregger, Filbinger, Seidl und allen voran der "Geheimtip der Industrie", der Kanzlerkandidat dieses reaktionär-faschistischen Sammelbeckens, Franz Josef Strauß!

Er hat die Kontakte zu Flick, Siemens, Bölkow und wie sie noch heißen, die Besitzer der Banken, Industrie und Rüstungsbetriebe, zu genau denjenigen, die Hitler 1933 an die Macht brachten.

Die Neonazis sind nach Strauß nur "Hilfstruppen, mit denen man nicht zimperlich sein darf".

Doch weil sie Hilfstruppen sind, ist unser Kampf gegen sie notwendig, wobei allerdings klar werden muß, daß diese Hilfstruppen nicht die vom Finanzkapital auserwählten Träger eines neuerlichen Faschismus sein können, sondern folgende Funktionen einnehmen:

- sie bereiten den Boden für solche Politiker wie Strauß, Dregger, Carstens,

- das Kapital zieht sich in diesen bewaffneten Schlägerbanden eine soziale Stütze heran, die es so dringend braucht, um seine tönernen Füße etwas abzusichern. Jeder Sozialdemokrat muß sich darüber im Klaren werden, stellt er sich nicht auf die Seite derjenigen, die aktiv und mit allen Mitteln dieser reaktionären und faschistischen Bewegung um Strauß Ein-

# Stoppt Strauß!

Filbinger etc., die unter ihrem seriösen Mäntelchen das kapitalistische System für den Faschismus sturmreif machen wollen

- sie sollen testen, wie weit die Faschisten heute wieder gehen können, ohne die Faust der Arbeiterbewegung zu spüren zu bekommen
- ein reaktionäres Klima soll geschaffen werden, das so weit geht, einen Putsch von rechts vorzubereiten
- das Auftreten als Streikbrecher, das Bandenchef Hoffmann der Bourgeoisie schon angeboten hat

halt gebietet, so wird er sich eines Tages in der gleichen Situation wiederfinden wie 1933, wo die Monopolherren mit Hilfe der Faschisten die SPD verboten, die Gewerkschaftshäuser stürmten und Tausende aufrechte sozialdemokratische Arbeiter in die KZ's sperrten.

**Die Bilanzen zeigen:  
Die Kriegsgefahr wächst!**

Jetzt wird es klar, daß wir am Antikriegstag im Sinne der Losung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" nicht bei dem Thema



1. September Antikriegsdemonstration 1978 in Nürnberg

Neonazis stehenbleiben dürfen, sondern es nur heißen kann: Kampf gegen Strauß, Kampf dem Imperialismus!

Klar wird das auch, wenn man mal einen Blick in die Bilanzen und Konten der großen Konzerne und Banken wirft. So meldet das Handelsblatt vom 9.10.79: "Siemens schwimmt in einem Meer von 10,1 Mrd.DM." Und wenn bei diesem Konzern letztes Jahr allein die Zinseinnahmen 923 Mio. DM (+ 20,3 %) ausgemacht haben, kann man sich ungefähr vorstellen, welche Mengen von flüssigen Mitteln Siemens mangels anderer profitabler Anlagemöglichkeiten (trotz der großen Staatsaufträge, dem AKW-Geschäft, der Expansion in Südafrika...) in Anleihen und Staatspapieren etc. anlegen mußte. Die Zinsen für diese Anleihen stellen aber natürlich höchstensfalls einen durchschnittlichen Profit dar und nicht den Maximalprofit, der der Lebensnerv der Monopole ist.

So viel haben sie aus uns herausgepreßt, daß sie jetzt nicht mehr wissen, wohin damit!

Wir schufteu — trotz aller technischen Weiterentwicklungen — immer noch 8 Stunden am Tag, wir haben lächerliche Lohnerhöhungen, die die Preissteigerung völlig wegfrißt und noch mehr, zusätzlich wird das Band dauernd schneller gestellt — die Bosse streichen ein und müssen das Kapital wieder "gewinnbringend" anlegen, um in der "Schlacht der Giganten" zu bestehen.

Wo unser Kampf dem Lohnabbau Grenzen setzt, schlagen die Bosse noch mehr Profit heraus, indem sie ganze Produktionszweige in Länder auslagern, in denen der Hunger die Arbeiter selbst bei einem lächerlichen Lohn von 2,50 DM am Tag in die Fabrik treibt.

## Bedrohung der Völker der Welt!

Die Völker der Welt werden täglich vom Imperialismus bedroht, er beutet sie aus, metzelt sie nieder. Er beraubt sie ihrer Ressourcen, der Metalle, der Erze, besonders aber des heute für die imperialistische Industrie so wichtigen Erdöls.

Daß diese Politik zur Erlangung von Maximalprofiten auf den Widerstand eben dieser Völker stößt und sich Befreiungsbewegungen in aller Welt bilden, ist klar. Die Widersprüche zwischen dem Imperialismus, der den ganzen Erdball für seine Profitinteressen sich unterjochen will, und dem Drang nach Befreiung treffen unweigerlich aufeinander.

Es kommt zu Kriegen, die immer mehr zuungunsten des Imperialismus entschieden werden.

Die Siege Chinas, Koreas, Vietnams über den Imperialismus, der Kampf des iranischen Volkes für Befreiung, ein Kampf, in den sich auch Nicaragua eingereicht hat, sind lebendige Zeugnisse der Niederlagen der imperialistischen Räuber.

## Gefahr eines "Ölkrieges"

Ölkrieg — wer glaubt, damit macht sich nur der US-Imperialismus seine Finger schmutzig, der braucht sich bloß die Aussagen bundesdeutscher Politiker anschauen. Denn manchmal sagen sie schon die Wahrheit, in der üblichen Imperialistensprache natürlich. Bundeskanzler Schmidt:

"Falls Atomenergie nicht schnell genug entwickelt wird, kann der Wettlauf um Öl und Erdgas zum Krieg führen." Westdeutschlands blaublütiger Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff: "In den nächsten 5 Jahren kann es zum Krieg zwischen den Ölverbraucherländern kommen." Und das ist nicht nur ein Krieg um die Ölquellen, ausgetragen im Norden Afrikas oder am Persischen Golf. Dies ist der dritte imperialistische Weltkrieg, der unter den Imperialisten auf den Gebieten der hochentwickelten Länder ausgefochten werden soll, wie 1914 bis 1918, wie 1939 bis 1945, also bei uns in Europa bzw. Nordamerika. Dem entspricht auch die Tatsache, daß die BRD in die USA riesige Mengen von Kapital exportiert, daß der westdeutsche Energiekonzern VEBA (Gelsenberg) Aktienpakete der US-Ölriesen kauft zwecks Einflußnahme auf die Rohstoffvorräte des US-Imperialismus, dem die BRD dadurch immer mehr ins Gehege kommt.

## Unterstützung faschistischer Regimes

Weil der Imperialismus die Ausbeutung der Völker der Welt braucht, stimmt er jedesmal ein Geschrei an, wenn sich ein Land nicht willenlos auspressen läßt.

Deswegen hatte die BRD-Regierung immer ein so freundschaftliches Verhältnis zum faschistischen Schahregime und seinem mordenden und folternden SAVAK, jammert aber jetzt von wegen "Verletzung der Menschenrechte" — für sie gab und gibt es eben nur ein "Menschenrecht" — das Recht auf

Ausbeutung.

Wen wundert es da, daß sich die Bundesregierung so verhalten gegenüber dem Sturz des Somoza-Regimes durch das Volk Nicaragua zeigt, schließlich war Somoza nicht nur US-Zögling, sondern auch Generaldirektor der Mercedes Benz-Niederlassung in Nicaragua!

Außerdem werden alle faschistischen Regime der Welt mit Waffen von der BRD beliefert!

Wir sehen, das heißt, daß auch die Krupps, Thyssens, Siemens etc. bereit wären und sich immer mehr dazu rüsten, zum "Schlag auszuholen", wie es der US-Imperialismus in Vietnam oder Cuba getan hat. Was sollte sie denn auch daran hindern. Sie müssen ja keine Angst haben, auf dem Schlachtfeld zu verbluten, wir sollen ja dann in den Krieg ziehen, wenn

es so weit ist.

Daß sich welche von uns dazu verleiten lassen, dazu betreiben sie eine zügellose Völker- und Kriegshetze, wie wir sie jetzt zum Thema Ölkrieg erleben. Die Ölscheichs sind schuld an der Wirtschaftskrise, donnerte es schon 1973 durch die gesamte Bourgeoispreße. Mit den sogenannten Ölscheichs wird dann alles gerechtfertigt, womit sich die Imperialisten Höchstprofite auf unsere Kosten ergaunern. Die iranischen Ölscheichs haben den Hahn zügedreht, heißt es. Deshalb sind Benzin und Heizöl so teuer. Und weil dies ja die Grundstoffe für viele Produkte sind, müssen sie auch noch erhalten für jede Teuerung in Westdeutschland. Im ach so seriösen "Spiegel" finden wir Reklameanzeigen gegen die "Ölscheichs", die denen aus der Zeit des Faschismus gegen die Juden verdammt ähnlich

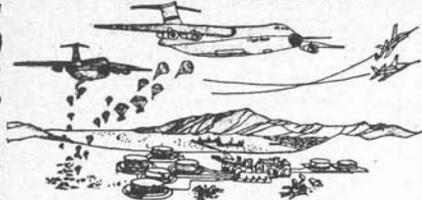
**DIE ÖLSCHEICHS  
WARNEN LANGE SCHON:  
„SPART ENERGIE“  
(NEHMT LUXALON.)**



Wie sich die Bilder gleichen: Der gleiche "Untermenschen"-Stil auf einem faschistischen Plakat gegen die "jüdische Plutokratie" (1942) und einer Reklameanzeige im Spiegel gegen die "Ölscheichs" (1979). Um von den eigenen Ausbeutern abzulenken, wird scheinbar gegen den reichen Juden und den reichen Araber gehetzt. Der Krieg, der damit vorbereitet wird, richtet sich immer gegen die Völker, einschließlich derer, die auf diese Weise verhetzt werden sollen. Sind wir schon wieder so weit?

(aus Kommunistische Arbeiterzeitung, 169/170, Juli 79)

## Denken Sie doch einmal das Udenkbare:



Amerikanische Truppen werden einen Streifen Land am Perischen Golf besetzen, wo 60 Prozent der Erdölvorräte der Welt liegen — jenseitig des unseiner Wäldungen liegt und Autos entweicht, jenseitig des Öl, das uns ermöglicht, andere die die Eskimos zu leben.

Der Gedanke an Krieg ist grauenvoll, doch die BUNTE hat ihn nicht aus blühender Phantasie geboren. Der mächtigste Mann der Welt, US-Präsident Gerald Ford, deutete die Möglichkeit kriegsähnlicher Entwicklungen um das Öl in einer Fernsehrede an, als er sagte: „Während ihrer ganzen Geschichte haben die Nationen wegen solcher Naturkräfte, wie Wasser oder Lebensmittel, oder wegen der Verbindungswege zu Lande und zur See Krieg geführt.“ Das angesehenste amerikanische Nachrichten-Magazin „Newsweek“ analysierte daraufhin, ob und wie es zu einer bewährten Intervention der USA an den arabischen Ölfeldern kommen könnte. Auf dem Titelbild des Magazins „New York“ sahen Präsident Ford und Außenminister Kissinger in Fallschirmjäger-Uniform an der Spitze amerikanischer Truppen in den Öl-Krieg und der „Spiegel“ zitierte Aussagen amerikanischer Prominenten über Risiken und Chancen eines solchen US-Feldzugs.

In der BUNTE-Serie treten keine fiktiven Personen auf. Der deutsche Bundeskanzler heißt nicht Meyer, sondern Schmidt, der amerikanische Außenminister nicht Kissinger, sondern Kissinger und der UNO-Generalsekretär heißt nicht Kolmann, sondern Waldheim.

Die BUNTE-Serie will Ihnen zeigen, wie die Politiker, denen wir vertrauen, versuchen werden, einen Öl-Krieg zu initiieren. Und die BUNTE-Serie soll Ihnen helfen, die Krise durchzustehen, die unser Land bedrückt, wenn am Perischen Golf geschossen wird. Sie werden keine selbstischen Behauptungen und keine schockierenden Bilder sehen von dem, was geschehen kann. Wir loben uns vielmehr dazu entschlossen, diese Serie zu veröffentlichen, da wir der Meinung sind, daß man mögliche Gefahren besser abschätzen kann, wenn man sie im voraus einmal durchdacht hat. Je mehr die Menschen von dem wissen, wovon sie Angst haben, desto vernünftiger können sie reagieren, wenn einmal das Udenkbare eintritt.

# Morgen früh beginnt der Krieg ums Öl

Lesen Sie jetzt diese  
BUNTE-Science-fiction-Serie

**BUNTE**  
Heute neu

Das „Udenkbare“ wird bereits  
geprobt: Die USA bereiten den  
Ölkrieg vor.  
(aus KAZ Nr.55, Januar 75)

sind. Übelste Rassenhetze und Chauvinismus sollen uns blenden vor der Tatsache, daß die Ölquellen zum größten Teil überhaupt nicht den erdölproduzierenden Ländern, sondern den Ölmultis gehören. Jawohl, sie sind im Besitz von Exxon (Esso), Standard Oil, BP, Texaco und wie die Blutsauger noch alle heißen. Das ist auch der Grund, warum Lenin sagt, daß die Imperialisten die Welt unter sich aufgeteilt haben.

## Vorherrschaft des dt. Imperialismus in Europa

Aber nicht nur gegenüber den Völkern der ölproduzierenden Länder wird aufgetrumpft und abgesehen — auch unter den Imperialisten im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft“ — ganz nach dem Motto: „Pack schlägt sich, Pack vertritt sich.“

Gemeinschaft ja, aber unter unserer Vorherrschaft! So stellen sich die Schlotbarone und Bankherren der BRD „ihr“ Europa vor, das ganze Geschwafel von Europaidee und Völkergemeinschaft ist nur Betrug. Oder wie paßt es damit zusammen, daß in dieser so gleichberechtigten Gemeinschaft eine Bundesregierung tatenlos zusieht, wie allen voran die offenen Faschisten gegen die „Spaghettifresser“ und „faulen, dreckigen Südländer“ hetzen, sie würden uns die Arbeitsplätze wegnehmen. Gleichzeitig wird das alt bekannte Herrenmenschenedenken gepflegt: „Wir sind wieder wer, wir sind fleißiger, sauberer, ordentlicher“.

Das paßt so gut zusammen wie das „Europäische Währungssystem“, das die anderen westeuropäischen Länder zu Schuldnern und damit auch zu Befehlsempfängern der Herren von Rhein und Ruhr degradiert.

## Ostlandritt gegen die DDR

In dieser „Europäischen Gemeinschaft“ wird so selbstverständlich von Europa geredet — obwohl weite Teile Europas, nämlich ganz Osteuropa gar nicht beteiligt sind. Nicht daß die deutschen Imperialisten diese Gebiete nicht wollten — im Gegenteil. Es ist ihr alter Wunschtraum, sich diese verlorenen Gebiete zurückzuholen, nicht umsonst besitzt z.B. Siemens immer noch jetzt völlig wertlose Aktien für Fabriken im Gebiet der DDR. Die Volksverhetzung in diesem Sinne

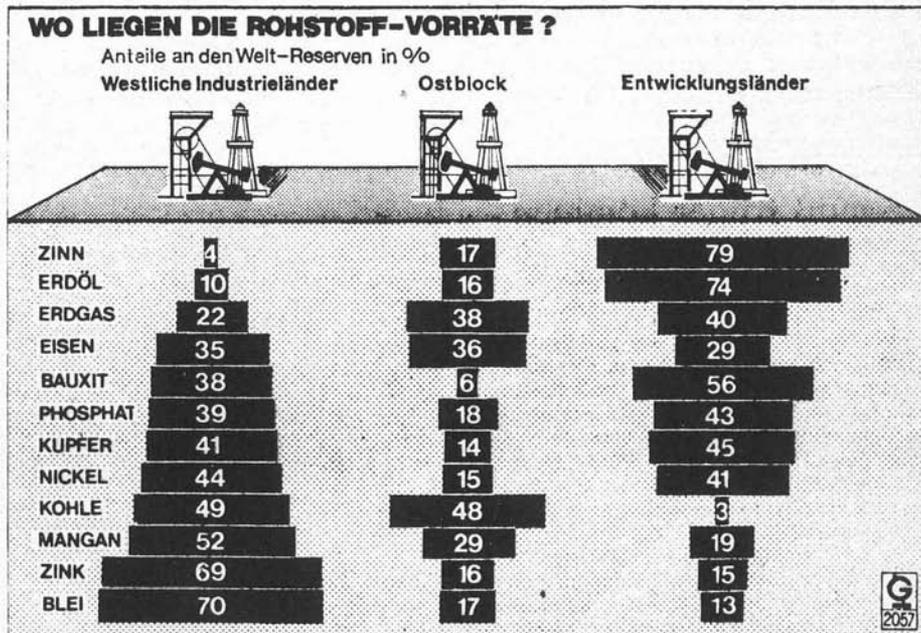
ist vor allem die Aufgabe der offenen Faschisten, die im Chor mit Strauß gegen die DDR und die Sowjetunion billigste Hetze betreiben, es gälte, die "Brüder und Schwestern im Osten" zu "befreien". Da sich die Arbeiter in der DDR aber sicher nicht freiwillig "befreien" lassen, heißt das nichts anderes als Krieg! (Mehr darüber im Artikel "Auf dem Prüfstand: Strauß und seine Worte")

## Horrende Rüstung

Von Jahr zu Jahr steigen die Ausgaben für den Militärapparat in der BRD in schwindende Höhen, allein von 1978 bis 1979 um 6,4 % auf offiziell über 35 Mrd. DM, inoffiziell sogar auf über 70 Mrd. DM! An so alt bekannte Rüstungsmonopole wie Krupp, Siemens, MBB, wurden Riesenaufträge vergeben, die sich bis 1980 auf die Rekordsumme von 100 Mrd. DM belaufen! 332 Tornado-Düsenflugzeuge, 212 mit "Hot"-Panzer-

abwehrraketen ausgestattete Militärhubschrauber VO-105 wurden bestellt – und vieles mehr. Für das Bundeskriminalamt wurden die Kosten von 22 Mio. DM im Jahre 1969 auf 149 Mio. DM heute gesteigert, der Haushaltstitel Waffen- und Schießgeräte dieser Behörde stieg dabei von 9000.-DM im Jahre 1973 auf 199.000.-DM heute. Dabei verdient sich das Großkapital, vor allem natürlich die Rüstungsindustrie, dumm und dämlich (wobei zu bemerken ist, daß es sogenannte "zivile" Firmen gar nicht gibt, fast jede produziert in der einen oder anderen Form Rüstung). Und zwar in zweierlei Form: Einmal in der Industrie durch die Staatsaufträge mit garantiert hohen Profitraten und zweitens schlägt es sich bei den Banken zu Buche. Denn gezahlt werden kann das natürlich nur durch den Staatshaushalt, der sich dazu immer mehr verschulden muß. Für die bei den Banken aufgenommenen Kredite dürfen deftige Zinsen gezahlt werden. Z.B. ist inzwischen der Staat mit 400 Mrd. DM beim Finanzkapital in der Kreide. 28 Mrd. DM sollen jetzt noch dazugenommen werden. Im

## WOHER DIE ROHSTOFFE ?



Die Rohstoffe, die die deutschen Imperialisten billig brauchen, um in der "Schlacht der Giganten" zu bestehen, liegen gerade in den Ländern, die ihnen immer weniger zur Verfügung stehen. Jetzt z.B. Nicaragua, wo das Volk die Imperialisten und deren Knechte vertrieben hat!

nächsten Jahr wird allein der Schuldendienst des Bundes (oder Länder und Gemeinden) 24,3 Mrd. DM an Tilgungen und 13,6 Mrd. DM an Zinsen dem Finanzkapital bringen — natürlich aus Steuergeldern der Werktätigen, woher denn sonst.

Diese Politik ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Spiel mit ungedeckten Wechsell, die nur durch den Raub an anderen Völkern einzulösen sind. Ein für uns tödliches Spiel, denn sein Ende heißt: Krieg!

Umstellung der Zivilproduktion auf Rüstungsproduktion, immense Staatsverschuldung, das waren genau die Vorboten des zweiten Weltkriegs. Am Ende dieses Krieges hatte das Finanzkapital soviel verdient, daß seine Bankkonten noch niemals zuvor so zum Bersten voll waren.

### Ruhe an der Heimatfront

Waffen gegen die Völker der Welt, aber auch gegen uns selbst. Viele von uns haben den Gummiknüppel und Wasserwerfer der Polizei erlebt, wenn diese wieder einmal Nazis vor uns schützte. Der Bundesgrenzschutz darf im Innern eingesetzt werden, das Polizeiaufgabengesetz erlaubt den Einsatz von Handgranaten und Maschinenpistolen gegen uns und unseresgleichen — streikende Arbeiter, demonstrierende Antifaschisten, pro-

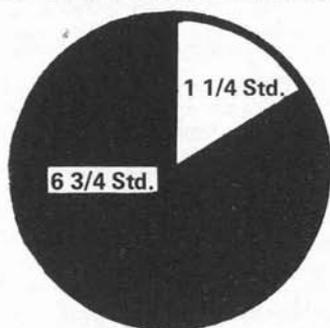
testierende Jugendliche. Viele andere Gesetze, die Notstandsgesetze, die "Antiterror" Gesetze etc. haben die rechtlichen Voraussetzungen für die brutale terroristische Abrechnung mit der Arbeiterklasse geschaffen. Und das bei der Tatsache, daß gleichzeitig die letzte Abrechnung dieser Art in der deutschen Geschichte, der Hitlerfaschismus, offiziell mit jedem Straßenmord gleichgesetzt wird wie mit der generellen Aufhebung der Verjährung geschehen; bei der Tatsache, daß die Nazis immer salonfähiger gemacht werden, daß die bundesdeutschen Gerichte schon wieder auf dem rechten Auge blind sind! Was hier vorbereitet wird, ist die notwendige "Ruhe an der Heimatfront" — für den Krieg!

### Strauß - der Mann der Peitsche gegen die Arbeiter

Wer ist für eine derartige Politik geeigneter als Strauß? Er ist der Politiker in der BRD, der sich seit Beginn seiner Laufbahn immer konsequent für die Interessen des Kapitals, gegen die Arbeiterklasse stark gemacht hat und immer offen gezeigt hat, daß er nicht der Mann des Zuckerbrots, sondern der der Peitsche gegen die Arbeiterklasse ist. Warum, müssen wir uns fragen, arbeitet Strauß so eng mit den führenden westdeutschen Rüstungskonzernen MBB zusammen,

Fortsetzung Seite 12

Ausgewiesene Konzerngewinne	Jahresüberschuß
in Mio. DM	in % gegenüber Vorjahr
VW	574 + 37
Daimler-Benz	1192 + 3,7
Siemens	721 + 10,9
Hoechst	417 + 37,2
Hoechst	417 + 13,2
Bayer	1240 + 8,5
BASF	421 + 3,2
Deutsche Bank	545 + 2,6
Dresdner Bank	327 + 7,9

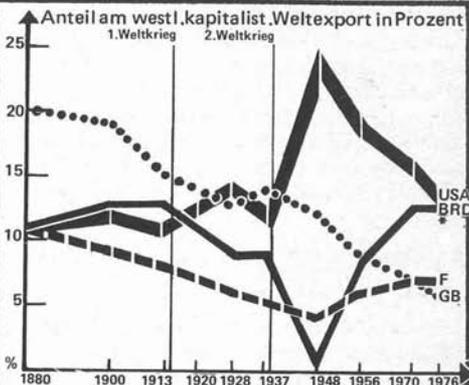
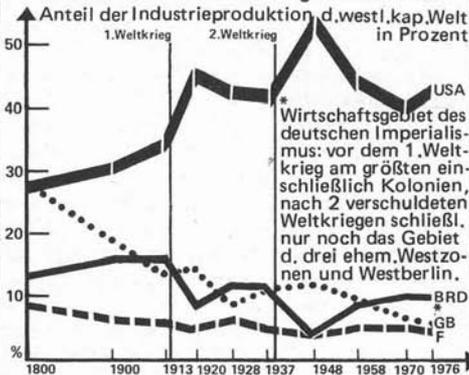


Die jetzt schon vorliegenden Berichte über Teile des Geschäftsjahres 1979 zeigen einen noch größeren Anstieg der Profite. Die Höchst AG z.B. weist im ersten Vierteljahr 79 einen Gewinn v. 193 Millionen DM auf. Setzt sich diese Entwicklung im ganzen Jahr fort, haben die Höchstkapitalisten am Jahresende 772 Millionen DM aus den Arbeitern herausgepreßt, fast das Doppelte wie ein Jahr zuvor. Die BASF scheffelten gar 414 Millionen DM im ersten Vierteljahr 79, fast soviel wie im gesamten Vorjahr! Daß dies auf unserem Rücken geschieht, dürfte kein Geheimnis sein.

In der Stahlindustrie arbeitet der Kollege von den 8 Stunden pro Tag nur 1 1/4 Stunden für sich, für seinen Unterhalt in Form des Lohnes. Der "Rest" fließt in fremde Kassen - der Unternehmer, Händler und Banken!

## DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS IST BESONDERS AGGRESSIV!

Diese Grafiken zeigen sehr eindringlich: Der deutsche Imperialismus ist bei der Weltbeuteaufteilung zu spät und zu kurz gekommen. Zweimal versuchte er mit der gewaltsamen Neuaufteilung der Welt durch den Krieg einen Ausweg aus seiner Lage zu finden. Zweimal wurde er zu Boden geschlagen, verlor Teile seines Territoriums und des ausbeutbaren Menschenmaterials, erstand neu und stößt heute schon wieder an die Grenzen, die ihm von seinen imperialistischen Konkurrenten gesteckt sind.



Während die Produktion der BRD im letzten Jahrzehnt stark anwuchs, blieb der Anteil an der Weltproduktion gleich; während immer mehr Waren exportiert werden, bleibt der Anteil am Weltexport gleich. In dieser Lage war der deutsche Imperialismus schon zweimal in diesem Jahrhundert: 1913 und 1937!

Darum ist der deutsche Imperialismus besonders aggressiv! Genauer wird das im Folgenden historisch erklärt:

Schon immer hat sich gerade der deutsche Imperialismus durch besondere Aggressivität und Brutalität ausgezeichnet. Schon immer ist der deutsche Imperialismus, um seine riesig angeschwollenen Maximalprofite zu sichern, den Weg des äußersten Terrors, den Weg des Krieges gegangen. Und das ist kein Zufall. Denn das Gesetz, unter dem der deutsche Imperialismus angetreten ist, das hat in der Vergangenheit und das bestimmt bis heute zwangsläufig den Weg, den die deutschen imperialistischen Wölfe gehen: Die Wurzel liegt vor allem darin, daß sich der Kapitalismus in Deutschland später als in vergleichbaren Ländern durchsetzte und – damit eng zusammenhängend – die bürgerliche Revolution nie zu Ende geführt wurde. Die deutsche Bourgeoisie, die 1871 in der Pariser Kommune mit Schrecken die Stärke der Arbeiterklasse hatte erkennen müssen, zog es noch jedesmal vor, mit dem Junkertum zu paktieren. Weder nach dem ersten noch nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg gelang es in Deutschland

bzw. Westdeutschland, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten umfassend durchzusetzen und zu behaupten. Es war und blieb für den deutschen Imperialismus Gesetz, daß er bei der imperialistischen Aufteilung der Welt zu kurz gekommen war, und darum sowohl auf eine besonders scharfe Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land, als auch auf eine Neuaufteilung der Welt aus ist. Es war und blieb für den deutschen Imperialismus Gesetz, daß er, mehr noch als in anderen vergleichbaren kapitalistischen Ländern, die Gefahr einschließt, daß die Monopolbourgeoisie die bürgerlich-parlamentarische Form ihrer Diktatur durch die offene Gewaltherrschaft ersetzt. Die zwei fürchterlichen Versuche des deutschen Imperialismus, die Welt zu seinen Gunsten neu aufzuteilen, haben ihn jeweils weiter zurückgeworfen, aber seinem Drängen kein Ende bereitet, sondern dies Drängen mußte in dem Maße, wie er wieder erstarbt, sein Handeln wieder stärker bestimmen.

aus dem Nachwort des Zentralkomitees des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD zu "Arbeiterklasse gegen Faschismus" Bericht von Georgi Dimitroff, erst. am 2. August 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

sitzt im Aufsichtsrat der MBB-Tochter "Airbus" und verkündete schon vor Jahren stolz, 90 % seiner Besucher seien Waffenhändler? Erst kürzlich sicherte er dem Rüstungsbetrieb "Airbus" den Erlaß all seiner Staatsschulden zu, sobald er an der Regierungsmacht ist.

Warum läßt er seinen treuen Gefolgsmann Stoiber seine Pläne gegen die Einheitsgewerkschaft und damit gegen die organisierte Arbeiterschaft aus der Tasche ziehen?

## **Wir Arbeiter - wichtigste Kraft gegen Strauß und Krieg!**

Das Vorgehen von Strauß gegen die Einheitsgewerkschaft zeigt aber auch den wunden Punkt, die "Achillesferse" von Strauß und seinen Auftraggebern: Wir!

Für ihre Kriegszwecke brauchen die Imperialisten willfähige Werkzeuge, Menschen, die sich in die Schlachten um den Maximalprofit der Bourgeoisie werfen. Es müssen Millionen sein, die nicht das geringste Interesse am Tod ihrer Klassenbrüder der anderen Länder haben und das Scharmützel Krieg trotzdem mitmachen, die also gegen ihre eigenen Interessen handeln. Diese Millionen sollen wir Arbeiter sein. Welch riesige Propagandamaschine die Bourgeoisie dafür in Gang setzen kann, hat der Hitlerfaschismus gezeigt. Verhetzung der Jugend, Rassismus, Chauvinismus, militärische Übungen in der HJ, Militaristendrill im Reichsarbeitsdienst, die Militarisierung des ganzen Lebens stand auf der Tagesordnung. Jede Auflehnung gegen diese Erziehung zum Nutzen des Imperialismus und Krieges wurde mit schärfster, brutalster Unterdrückung beantwortet.

## **Strauß Demokrat?**

Wir haben es in der Hand, ob das Kapital mit Strauß seine Pläne durchsetzen kann. Deswegen müssen wir Arbeiter alle Machtmittel, die wir haben, gegen Strauß einsetzen. Und das sind vor allem die Gewerkschaften!

Dann muß aber auch in unseren eigenen Reihen Klarheit geschaffen werden. Loderer und mit ihm viele andere hohe Gewerkschaftsfunktionäre sagen: Strauß ist Demokrat und solange er sich an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie hält, gibt es für die Gewerkschaft keinen Grund, gegen ihn vorzugehen. Aber was heißt denn Demo-

kratie? In jedem bürgerlichen Lexikon finden wir als Erklärung: Volksherrschaft. Ein Demokrat ist also ein Kämpfer für die Volksherrschaft. Wodurch herrscht das Volk am besten? Wenn es sich organisiert, um so am besten für seine Rechte eintreten zu können. Für die Mehrheit des Volkes im Kapitalismus, also für die Arbeiterklasse, heißt das: freie Gewerkschaften. Doch sie will Strauß ja bekanntlich zerschlagen! Strauß ein Demokrat? Niemals!

## **Zu Strauß loyal?**

Loderer fordert weiter von uns, daß wir, so er selbst, "loyal zu Strauß" sind. Loyalität heißt Treue. Treue zu Strauß? Dem geschworenen Gewerkschaftsfeind? Soll die Arbeiterklasse treu zu ihren eigenen Totengräbern stehen? Dieselbe Loyalität, mit der die ADGB-Führer die Arbeiter 1933 zu den braunen Maifeiern der Nazis riefen, führte am nächsten Tag zu zerstörten, niedergebrannten Gewerkschaftshäusern, zu dem Abtransport unzähliger Klassenkämpferischer Kollegen in die KZ's.

Nein, Eugen Loderer, zu diesem Programm sind wir nicht loyal. Loyal, treu sind wir nur unserer eigenen Klasse gegenüber, unseren Feinden aber niemals!

Deswegen kommt es darauf an, den Kampf gegen Strauß aufzunehmen, die Einheit der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter gegen den Gewerkschaftsfeind Nr.1 zu schmieden. Der Kampf der gesamten Klasse gegen Strauß, den Politiker des Finanzkapitals, des Faschismus, des Krieges ist unsere Parole, die Parole der Arbeiter.

## **Auf zum Antikriegs— Anti—Strauß—Jahr!**

Standen die vergangenen Antikriegstage immer unter der allgemeinen Parole gegen den Krieg, unter der Propaganda: Imperialismus heißt Krieg, so hat das Finanzkapital mittlerweile seinen Politiker als Kanzlerkandidaten aufgebaut, der dieses allgemeine Kriegsziel des Imperialismus konkret durchsetzen soll: Franz Josef Strauß.

Für uns Arbeiter ist dadurch klar, daß wir von der rein allgemeinen Antikriegspropaganda vorwärtskommen müssen im Kampf gegen den Politiker des Faschismus und Krieges,

# WAFFENSCHMIEDE DER WELT



Mit diesen Waffengeschäften machen Rüstungsproduzenten wie MBB, Dornier, Siemens etc. Riesengewinne! Aber mehr noch: Gleichzeitig sorgen sie damit dafür, daß die Macht in den Händen derer bleibt, die den Imperialisten in den Arsch kriechen und das Volk brutal unterdrücken – wie in Nr. 25 Argentinien, Nr. 29 Brasilien, Nr. 31 Chile, Nr. 64 Südkorea ...

Franz Josef Strauß. Daß Strauß sofort ausgespielt hätte und nur noch eine politische Leiche für die Monopolherren darstellen würde, wenn die Arbeiter schon die Kraft und den politischen Willen aufbringen könnten, gemeinsam in den Streik zu treten, das ist klar und leuchtet jedem ein. Was aber noch nicht ist, wird kommen. Heute müssen wir, um Strauß zu stoppen, in Betrieb und Gewerkschaft jeden Anlaß und jeden Hebel dafür nützen, unsere Kollegen gegen Strauß zu mobilisieren. Nur so können wir Strauß aufhalten, und nicht durch Wahlen, wie uns ein Helmut Schmidt weismachen will und dadurch die Arbeiter einschläfern, vom Kampf gegen Strauß abhalten will. "Aufs Parlament vertrauen" sollen die Arbeiter, "die" werdens

schon richten. Über Wahlen aber läßt sich das Programm des Imperialismus nicht stoppen – es geht über Leichen, warum sollte es dann vor einem Kreuzchen auf dem Stimmzettel haltmachen?

Der Jugend kommt im Kampf gegen den Krieg eine besondere Verantwortung zu, ist sie doch der erste Teil der Arbeiterklasse, der hinaus auf die Schlachtfelder soll. Deswegen bekommt der Kampf gegen Strauß gerade für die Arbeiterjugend eine große Bedeutung sowie ihr Kampf gegen jede sozialdemokratische Unterstützung dieses vom Kapital auserkorenen Kriegsbrandstifters.

So angepackt und der Antikriegstag 1979 ist ein wichtiger Auftakt zu einem Anti-kriegs- und Anti-Strauß-Jahr!

**"Wenn der Unternehmer nicht bereit ist zu kämpfen, verdient er unterzugehen...seid nicht so ängstlich und denkt nicht, daß die weiche Tour die Chance zum Überleben bietet!"**

(Hermann Josef Abs, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, während des Hitlerfaschismus Vorsitzender der Deutschen Bank.)

Ein dankenswert offenes Wort, Herr Abs, kann man da nur sagen! Klar, das bringt am meisten Profit: Arbeiter bis zum letzten Blutstropfen ausbeuten, Lehrlinge voll nach dem Motto "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" trimmen, die Arbeitslosen verhungern lassen und ohne mit der Wimper zu zucken die Arbeiter im Krieg qualvoll verrecken zu lassen.

Zwei Dinge braucht es dafür: Kapital und entsprechende Politiker. Das Kapital hat Abs, die Politik dafür macht Strauß. Das hat er in seiner bisherigen Laufbahn bewiesen

# Auf dem Prüfstand Strauß und seine Worte

und das zeigt er durch seine Worte. Untersuchen wir dies mal genauer!

**"Die Art und Weise, wie Argentinien mit dem Terrorismus fertig wird, ist bewundernswert. Wir wissen nicht, was uns noch erwartet, doch ich glaube, daß die deutsche und die argentinische Situation Parallelen aufweist."**

So wird die argentinische Junta z.Z. unter der Führung von Videla (früher unter Peron)

mit dem "Terrorismus" fertig:

"Die wenigen Häftlinge, die lebend der Marineschule enttrinnen konnten, haben die Skala der Mißhandlungen an den Häftlingen aufgezählt:

'Picana' (Elektrofolter), Vergewaltigungen, Einführen von ausgehungerten Ratten in die Vagina, Verstümmelungen der Genitalien



Diese Foltermethode "Sägebock" wird auch in Argentinien angewandt! Bewundernswert!?!



mit Rasierklingen, Lebendsektion ohne Narkose, Gliederamputationen mit elektrischen Sägen, Verbrennungen mit Zigaretten und LötKolben, Herausreißen von Finger- und Fußnägeln, Abziehen der Gesichtshaut. Diese Foltern werden im Beisein von Ärzten durchgeführt, die den Folterknechten helfen, die Opfer so lange wie möglich am Leben zu erhalten, um von ihnen eine Aussage zu erhalten. Aber in fast allen Fällen enden diese Foltern mit dem Tod. Ansonsten werden die Gefangenen erschossen oder in den Hubschrauber geladen und in den Rio de la Plata oder in den Atlantik geworfen. Oder ein Boot bringt sie aufs hohe Meer, in der Höhe des berühmten Badeortes, 400 km von Buenos Aires...

Die Junta hat das KZ der Marineschule verlegt und die Foltersäle in ein Zentrum der Ruhe und Entspannung für die Fußballmannschaften, die im River-Plate-Stadion von Buenos Aires spielen, umgewandelt.“ (Bericht von Louis Joinet im belg. Fernsehen am 6.5.77)

Mit dem Putsch im März 1976 wurde die faschistische Regierung Peron gefeuert und die faschistischen Generäle setzten sich selbst in die Regierung. Die Gewerkschaften, die elementarste Organisation der Arbeiter, wurden verboten bzw. unter militärische Zwangsverwaltung gestellt. Die Parteien wurden zwar nicht verboten, aber suspendiert. Alle anderen Organisationen, die sich gegen das Regime stellten, wurden verboten. Streiks wurden verboten. 33 000 Arbeiter und ihre Frauen und Kinder, fortschrittliche Intellektuelle, arme Bauern wurden in die Gefängnisse gesteckt, viele von ihnen barbarisch gefoltert oder "auf der Flucht" erschossen. Die nach dem Muster der SS aufgebaute Terrorbande "AAA" tyrannisiert die Arbeiter und Bauern in den Elendsvierteln. Wissen und Kultur - keine Spur davon, aber die "Gebildeten", die Reichen, die Bourgeois können sich in den Buchhandlungen Hitler's "Mein Kampf" und viele andere Bücher der Hitlerfaschisten kaufen und genauestens studieren.

**"Sorgen sie dafür, daß die Freiheit in ihrem Land, gleichgültig von wem sie bedroht wird, erhalten bleibt..."**

(Strauß zu Pinochet, Generalissimo der Militärjunta in Chile.)

**"Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen wieder einen süßen Klang."**

(Bayernkurier)

Das Chaos in Chile, das mit dem Militärputsch im September 73 beseitigt wurde, bestand darin, daß eine rechtmäßig gewählte Regierung, die von Salvador Allende, einige Reformen für das Volk durchführte

- die Löhne wurden erhöht.
- ein Teil der Kupferminen, die vorher von amerikanischen Firmen ausgeplündert wurden und die Chilenen in Arbeitslagern schuferten ließen, wurden nationalisiert, d.h. den Chilenen gegeben
- die Schulbildung wurde verbessert und, besonders bekannt, zur Verbesserung der Versorgung gab es kostenlose Milch für die Schulkinder
- dem chilenischen Volk wurden umfassend

demokratische Rechte gewährt.

Diesem "Chaos" wurde durch eine vom CIA unterstützte Militärjunta entgegengearbeitet, indem sie mit den Waffen des CIA einen Putsch durchführten, in einem Blutgemetzel sondersgleichen sich des Landes bemächtigten und es seitdem kontrollieren. Die Investitionen des CIA haben sich für die amerikanischen Monopolherren gelohnt....

Die Freiheit in Chile, die nach Strauß erhalten werden muß, besteht darin, daß es keinerlei Recht auf Opposition gibt, es existiert faktisch kein Streikrecht (auch wenn vor kurzem ein Farce-Streikrecht eingeführt worden ist, das den Streik in wenigen unwichtigen Betrieben erlaubt, aber die Unternehmer sofort kündigen können und die Militärs jederzeit einschreiten können). Hier ein kurzer Bericht, wie mit Widerstandskämpfern umgegangen wird

"Das Verhör auf dem "Grill" spielte sich folgendermaßen ab: Sie fesselten die Füße mit Eisenschellen, Hände und Füße mit Lederriemen an das Metallbrett, klebten mit Leukoplast viele kleine Drähte an Handgelenke, Fußgelenke, Schenkel, Genitalien, Brust, Hals. - Diese Drähte setzten sie wechselweise unter Strom... gleichzeitig schlugen sie mit einer Art Gummiknüppel, der mir weitere Stromstöße versetzte. Außerdem benutzten sie eine Art Nadel, deren Stiche ebenfalls Stromstöße austeilten...

Sie zogen mich aus und preßten mich in einen Kasten. Der war ca. 1qm groß, ich mußte mich ganz eng zusammenkauern. Mit Stöcken und Eisenstangen schlugen sie auf den Kasten ein und ließen ihn an einem Hebel kreisen. Sie warfen ihn von einer Seite zur anderen. Manchmal hörten sie einen Moment auf, meistens hatte ich dann die Füße in der Luft. Waren sie während der Pausen mal gerade unten, so konnte ich mich auch nur mit den Fußspitzen abstützen. Dies verursachte entsetzliche Schmerzen und Blutstauungen. Zwei- bis dreimal holten sie mich aus dem Kasten raus, jedesmal in schlimmerem Zustand. Ich wurde mehrmals ohnmächtig, sie übergossen mich dann mit heißem Wasser, auch abwechselnd. Dann stülpten sie mir eine Plastiktüte über den Kopf ("Trockenes U-Boot"), steckten mich wieder in den Kasten und ließen mich mit dem Kopf nach unten stehen..." (Luis Peables über das Lager CO Colonia Dignidad). Diese Prozedur wurde innerhalb von 10 Tagen sechsmal wiederholt. So sieht für Strauß "Freiheit" und "Ordnung" aus!



Massengefängnis in Chile  
- für Strauß die erstrebte  
Ordnung

**"Die Außergesetzlichen haben in größter Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört...Diese Personen..benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der von Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich sind."**

(nach Spiegel 28.7.69)

Meint Strauß etwa die Folterknechte und Militärs von Chile, die wie in der oberen Szene brutal foltern und morden?

Nein, dies sagte er nach einer Protestaktion 1969 von Jugendlichen gegen den Vietnamkrieg vor dem Landgericht! Und er meinte damit die Hunderttausende fortschrittliche Studenten, Arbeiter, Schüler und Lehrlinge, die in Anbetracht der grauenvollen Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam sich gegen den US-Imperialismus mit dem vietna-

mesischen Volk solidarisch erklärten! Er meinte die, die in unserem Land mehr Demokratie forderten! Das sind für ihn Tiere - aber die chilenischen Militärfolterknechte gaben dem Wort "Ordnung einen süßen Klang" und brachten Freiheit!!!

**"als Treuhänder für das gesamte deutsche Volk zu handeln und keine der deutschen Rechte aufzugeben. Hierzu gehört das Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung für Ganz-Deutschland...sowie die Wahrung des deutschen Rechtsanspruchs auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neiße."**

(aus: Strauß "Entwurf für Europa.")

Und das aus dem Munde von Strauß, der damals nach 1945 kräftig Adenauer unterstützte, der deutsche Politiker, der die Spaltung Deutschlands vorantrieb! Adenauer war es, der als neuer Vasall der westlichen Alliierten dafür sorgte, daß das Potsdamer Abkommen in den Westzonen nicht verwirklicht wurde: Keine wirkliche Entnazifizierung, sondern ein Scheinmanöver nach dem Motto: "Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen". Keine wirkliche Entflechtung solcher verbrecherischen Monopole wie der IG-Farben-Konzern, sondern eine billige Komödie wurde aufgeführt! Der Riesenkonzern wurde lediglich in 4 Riesenkonzerne aufgeteilt, die teilweise untereinander wieder Vertreter in den Aufsichtsräten hatten. Richtig hochgepöbelt wurden diese Hitlerfinanziers und Kriegsgrößverdiener. Keine Demokratie für das Volk, sondern Behinderung aller antifaschistischen Initiativen zur Bildung von Einheitsgewerkschaften, von einem fortschrittlichen gemeinsamen Jugendverband wie die "Freie Deutsche Jugend".

Klar, bei solchen Maßnahmen konnten die Adenauers, Strauß, Krupp, Thyssen und westlichen Alliierten nicht den Weg gemeinsam gehen mit der sowjetischen Zone, die den antifaschistischen, friedliebenden Auftrag des Potsdamer Abkommens ernst nahm! Um die Unternehmerherrschaft in den Westzonen gesichert aufbauen zu können, dazu war die Spaltung notwendig. Deswegen auch die Einführung einer eigenen Währung in der sog. "Währungsreform" 1949, deswegen mauschelten sie 1949 ein Grundgesetz aus, deswegen wurde 1956 gegen den breiten Widerstand des Volkes wieder eine Bundeswehr eingerichtet - alles mit dem Ziel, sich die Herrschaft in den Westzonen zu sichern, um den "Osten" baldmöglichst zu "befreien"! Bei diesem geschichtlichen Hintergrund wird

klar: "Rechtsanspruch" - d.h. für Strauß Anspruch auf das Recht, die Fabriken und Produktionsanlagen in der DDR zu besitzen. "Alleinvertretungsrecht" - d.h. für Strauß für den deutschen Imperialismus das Recht, die Arbeiter in der DDR auszubeuten!

Darum müssen wir den Strauß und Konsorten so entschieden die Souveränität der DDR entgegenstellen! Nicht weil wir kein einiges Deutschland wollen, sondern wenn jemand dafür sorgen kann, dann die Arbeiter, ob in der DDR oder BRD - wenn jeweils die Arbeiter im Staat wirklich das Sagen haben!

**"Europa wird weder an der Elbe noch an der Oder enden dürfen."**

(ohne genauere Angabe)

Das ist ein typisches Beispiel für Demagogie, wie sie Strauß betreibt. Natürlich, wird die erste Reaktion der meisten sein, endet Europa nicht an der Oder oder an der Elbe. Aber Strauß sagt ja nicht, Europa endet nicht an der Elbe oder an der Oder, sondern er sagt, es wird nicht enden dürfen - daraus folgt: 1. es endet heute dort

2. das darf man nicht zulassen.

Dies ist nur erklärlich, wenn man statt Europa als geographischen Begriff Europa als Symbol für den "freien Westen" setzt, für die "soziale Marktwirtschaft", also die Unternehmerherrschaft. Der Satz sieht dann so aus: "Die Unternehmerherrschaft, der freie Westen wird weder an der Elbe noch an der Oder enden dürfen."

Man muß den "freien Westen" also ausdehnen auf diese Gebiete, auf die DDR - und das ist klar, wer die dann bekommen soll - nicht die französischen, nicht die englischen, sondern natürlich die deutschen Imperialisten!

**"Wir sind die wirtschaftlich stärkste Macht in Mitteleuropa geworden. An unseren Kassen stehen die ehemaligen Sieger Schlange. Bei uns sind alle verschuldet. Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen."**

(Strauß in der "Welt" vom 2.9.57)

In der Tat sind die anderen westeuropäischen Länder praktisch alle bei der BRD verschuldet. Wer schon einmal selber Schulden gehabt hat, weiß, daß er ganz schön kleinlaut gegenüber seinem Gläubiger sein muß und so geht es auch den andern europäischen Ländern!

Wenn Strauß nun sagt, die BRD dürfe poli-

tisch kein Zwerg sein, heißt das nichts anderes als: Sie muß politisch ein Riese werden, die anderen Länder sollen unter der Fuchtel von Krupp, Thyssen, Deutscher Bank und wie die Gläubiger alle heißen stehen!

**“Die selbständigen Ministstaaten in Europa endlich zu Gliedstaaten einer europäischen Union zu erheben, das ist die eigentliche Gebietsreform.”**

(1975 auf einem wehrpolitischen Kongreß der CSU) Dieser Satz ist erstens eine unglaubliche Unverschämtheit gegen diese Nationen, die eine eigene Geschichte, Entwicklung, Sprache haben, sie als “Ministstaaten” abzuqualifizieren. Wie wenn Jimmy Carter oder andere “US-Größen” zur BRD “Ministstaat” sagen würden, da ist der Größenunterschied nämlich noch viel krasser!

Es ist zweitens eine “Gebietsreform”, die Hitler schon einmal praktizierte, indem er zuerst Österreich “anschloß”, dann Polen besetzte und dann die Niederlande etc. überfiel und okkupierte. Wieviel die Niederländer davon hielten und auch heute noch davon halten, kann sich jeder vorstellen, der schon einmal das erschütternde Tagebuch der Anne Frank gelesen hat.

**“Die CSU wird die Gewerkschaftsfrage neu überdenken müssen, wenn die Einseitigkeit in der politischen und weltanschaulichen Ausrichtung und die Intoleranz gegenüber den nichtsozialistischen Kräften in der Einheitsgewerkschaft anhält.”**

(7.11.72 gegenüber Handelsblatt)

Es war und ist ein Kennzeichen von faschistischen Regimen und deren Anhängern, daß sie mit einer Rabiathheit sondersgleichen gegen

die Gewerkschaften vorgehen, selbst wenn diese alles andere als klassenkämpferische waren bzw. sind!

2.Mai 1933, Deutschland, Hitlerfaschismus - die Gewerkschaften werden aufgelöst, die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Arbeiter zwangsorganisiert in der deutschen Arbeitsfront, die aktivsten früheren Gewerkschafter wurden brutal unterdrückt, Hunderttausende in Gefängnissen und KZ's gefoltert und gemordet.

● in Argentinien wurden die Gewerkschaften 1976 verboten und unter militärische Kontrolle gestellt

● in Chile sind seit dem Putsch die Gewerkschaften offiziell für aufgelöst erklärt und Zwangsorganisationen nach dem Muster der faschistischen Arbeitskammern unter dem Hitlerregime errichtet

● im Iran waren bis zum Sturz des Schah-Regimes im Februar 79 die Gewerkschaften verboten.

So verwundert es nicht weiter, wenn Strauß auch gerade soviel Wert auf die “Gewerkschaftsfrage” legt und jetzt sein braver Gefolgsmann Stoiber mit 5 Thesen zeigt, wie die CSU die Einheitsgewerkschaft zu zersetzen und zu beseitigen gedenkt. (Siehe Artikel S.20)

“Intoleranz” wirft uns Strauß vor. Gegen wen sollen wir denn tolerant sein? Gegenüber denen, die uns das Band schneller schalten, den Akkord hochsetzen, die uns bis zum letzten in der Knochenmühle auspressen? Gegenüber denen, die uns am liebsten gar keinen Lohn geben würden, die uns Wucherpreise für Mieten abverlangen und denen, die jetzt gerade die Preise in die Höhe treiben? Allerdings, gegenüber den Erzfeinden der



2.Mai 33  
Das Gewerkschaftshaus in Berlin wird von den Faschisten besetzt - der Anfang eines wütenden Terrors gegen die Arbeiterbewegung

Arbeiter dürfen wir nicht tolerant sein. Gegenüber den christlichen Arbeitern? Wer will sie denn draußen haben, wer überlegt denn, die "christliche Gewerkschaft" zu stärken, Strauß oder wir?

**"Schon viel zu lange hat man die Augen vor der Tatsache verschlossen, daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften auf subtile Art illegitimen Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen und ihre Aktivitäten auf Bereiche verlagern, die mit ihrer eigentlichen Aufgabe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder unvereinbar ist."**  
(Bayernkurier 1972)

Wir sollen uns also alles gefallen lassen, was auf der "politischen Bühne" läuft und nicht das Gegenmachtorgan der Arbeit, die Einheitsgewerkschaft, für unsere Interessen einsetzen? ! Z.B. wenn uns unsere Rechte genommen werden, wenn Gesetze gegen uns eingeführt werden wie seinerzeit die Notstandsgesetze? Oder vor kurzer Zeit erst

zur Frage der Verjährung von Naziverbrechen, soll dazu die Gewerkschaft schweigen? Soll sie nichts unternehmen, wenn so erklärte Arbeiterfeinde wie Strauß zum Marsch auf Bonn losziehen?

Es ist eine hinterhältige Taktik von Gewerkschaftsfeinden wie Strauß, zu sagen, wir sind ja für die Gewerkschaften, wenn sie ihre "eigentliche Aufgabe", für die "Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten", wahrnehmen. Denn sie wissen, wenn die Gewerkschafter, die Arbeiter nicht gegen den Faschismus kämpfen, haben sie ein leichtes Spiel, dorthin zu kommen, wo die Gewerkschaften nicht einmal mehr für bessere Arbeitsbedingungen eintreten können, weil sie nämlich verboten sind.

Strauß ist Gewerkschaftsfeind Nr. 1 - die jetzt wieder aufgekommene Diskussion in der CSU um die sog. "5-Punkte" beweisen es erneut - dazu mehr im nächsten Artikel!

## Die Kaserne winkt!

von Erich Weinert

Endlich siegt das Militärsche:  
Angetreten! Hoch das Been!  
Daß die Zivilistenärsche  
wieder ausgerichtet stehn!

Bürger, knalle mit den Hacken  
vor der braunen Staatslivree!  
Denn in Fensterlederjacken  
kommt die neue Heilsarmee.

Mensch, das riecht wie 1914,  
als die Suppe überquoll.  
Donnert mit Komißbrotfürsen!  
Nehmt die Nase richtig voll.

Mächtig brummt die deutsche Welle,  
daß dir Mark und Bein vibriert,  
denn die Regimentskapelle  
hat den Rundfunk annektiert.

Und die pensionierten Brüder,  
die sich achtzehn still verdrückt,  
kommen auf den Kampfplatz wieder  
mit der Blechbrust angerückt.

Rein ins neue Stahlbad, Kinder,  
und verliert nicht den Humor!  
Stülpt den Stahlhelm auf den Zünder!  
Schnallt den Giftgasrüssel vor.

Alles ist verungeziefert.  
Geht der Mief denn nicht mehr raus?  
Sind wir wirklich ausgeliefert  
an das braune Irrenhaus?

Solln die großen Hurraklappen  
wieder Heldenspeichel sprüh'n?  
Soll wir vor dem Narrenlappen  
schließlich noch die Mütze ziehn?

Sozialisten, nicht gefackelt!  
Zeigt, daß kein Faschist gewinnt.  
Daß die ganze Bude wackelt,  
wenn sich der Prolet besinnt!

Dieser ganze Katzenjammer,  
dieser Spuk ist abgeschwirrt,  
wenn die Sichel und der Hammer  
euch zur Kampfparole wird.

Die Arbeiter—sie sind der beste Garant des Friedens. Die organisierte Arbeiterschaft, die Gewerkschaft ist unsere wichtigste Bastion im Kampf um Frieden. Deswegen zieht auch Strauß gegen die Gewerkschaft derart zu Felde!

# Pläne von STRAUSS gegen die Einheitsgewerkschaft enthüllt

Mit Schreiben an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der CSU und ihrer Jungen Union leitete der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, die Mobilmachung der Parteibasis gegen die Einheitsgewerkschaft ein. Diskutieren soll die CSU-Gefolgschaft künftig anhand "umfangreichen Rohmaterials" (Stoiber), das bei der Parteizentrale in München angefordert werden kann und zur Vorbereitung eines für 1980 geplanten Kampfkongresses gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund dient. Die CSU-Führer fordern: Vor jeder Diskussion um eine vierte Partei sollte zuerst eine Diskussion über eine zweite, dritte und vierte Gewerkschaft geführt werden.

Aufgeschreckt über solche Meldungen rief die METALL am 23. Mai bei der CSU-Pressestelle an, um zu erfahren, was von den Gerüchten über einen bevorstehenden CSU-Gewerkschaftskongress zu halten sei. Die Pressestelle stellte durch zu dem dafür zuständigen Referenten ("Ich mache hier Wirtschaft und Finanzen und dazu gehören auch die Fragen der Sozialpartner"). Er bestätigte, daß 1980 der CSU-Gewerkschaftskongress geplant sei und nannte die fünf Diskussionspunkte, die zu einem Ergebnis führen sollen. Manfred Hettlage, der aus dem Hauptquartier des Gewerkschaftsfeindes und Strauß-Freundes Biedenkopf in die CSU-Zentrale überstellt wurde, verwechselte offensichtlich METALL mit dem

Arbeitgeberverband Gesamtmetall und gab dienstfeurig Auskunft. Er nannte fünf Möglichkeiten, die zur Lösung der Gewerkschaftsfrage diskutiert werden:

1. Bildung von "Arbeitskammern" mit Zwangsmitgliedschaft für alle unselbständig Erwerbstätigen.
2. Unterwanderung des DGB
3. Fraktionierung des DGB nach österreichischem Vorbild
4. Unterstützung des CGB
5. Gründung einer eigenen Gewerkschaft.

Pressesprecher der CSU Godel-Rosenberg deklarierte und meint, Manfred Hettlage sei unzuständiger Referent, dem man nichts glauben darf. Noch im Februar schrieb Manfred Hettlage dem Bayernkurier einen Leitartikel gegen die DGB-Gewerkschaften, in dem er die gesammelten Meinungen seines Herrn und Meisters Edmund Stoiber zitierte:

"Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist tot." Jetzt soll Hettlage plötzlich ein unzuständiger Referent sein. Anders dagegen Godel-Rosenbergs Chef, Edmund Stoiber etwa, der heute gleichfalls die fünf Punkte abstreitet, hat am 13. März 1979 in einem Interview den "Nürnberger Nachrichten" auch schon die fünf Punkte verkauft: "Es gibt eine Reihe von Gedankenspielen, die am Ende einer Diskussion in meiner Partei als Vorschläge stehen sollen. Es wird sicherlich diskutiert über das Für und

Wider von Arbeitnehmerkammern, die Stärkung des CGB, die Möglichkeit einer stärkeren Einwirkung im DGB, die Gründung einer neuen Gewerkschaft und die Fraktionsbildung im DGB." Verärgert über die Dementiermaschine in München brachte Karl-Heinz Hoffmann, CDU-Abgeordneter im Europaparlament und stellvertretender Vorsitzender der ÖTV die Wahrheit ans Licht. Er bestätigte, daß Stoiber in einem Brief an die CSU-Kreisvorsitzenden zur Vorbereitung des Anti-DGB-Kongresses "Rohmaterial" verschickte, in dem die fünf Punkte zur Diskussion gestellt werden.

Bezeichnend sind die Kommentare der Presse. Die METALL schreibt von Spaltungsversuch der Einheitsgewerkschaft, die "Frankfurter Rundschau" von Zentralisierung der Gewerkschaften, der "Spiegel" von Unterwanderung des DGB und die meisten begnügen sich mit den Dementis der CSU. Jeder weiß es und keiner will es wahrhaben. Strauß und seiner CSU geht es nicht nur um Spaltung, sondern um Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft, sowie der Gewerkschaften überhaupt. Die Etappenziele der Monopolbourgeoisie sind erreicht. Notstandsgesetze, ständiger Abbau der demokratischen Rechte, Ausbau der Bespitzelung und Überwachung und als Kanzlerkandidaten Strauß, auf den die Monopolbourgeoisie setzt. Nun soll ein entscheidendes Bollwerk gegen die Reaktion, die einzige Massenorganisation aller Arbeiter, die Einheitsgewerkschaft gespalten und zerschlagen werden. Die durch die Einheitsgewerkschaft organisierte Arbeiterklasse ist die einzige Macht, die die von der Monopolbourgeoisie angestrebte Wiedererrichtung der faschistischen Diktatur in der BRD verhindern kann und muß. Strauß und seine CDU/CSU wissen dies genau und werden alles daran setzen, um dieses Hindernis, nämlich die Einheitsgewerkschaft, zu beseitigen und zu zerschlagen.

CDU-Mann Manfred Koob, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, nach dessen Auffassung "alsbald das Totenglocklein der Demokratie läuten" würde, falls die Gewerkschaften nach CSU-Muster in machtpolitische Strategien hineingezogen werden sollten, erkennt zwar die Gefahr, versäumt es aber, als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall die Mitglieder der Gewerkschaft aufzurufen, sofort mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen Strauß mit seinen Plänen klarzumachen, wo seine Grenzen sind. Nun zu den fünf Diskussionspunkten:

## Bildung von Arbeitnehmerkammern

Allein der erste Programmpunkt, nämlich Bildung von Arbeitnehmerkammern mit Zwangsmitgliedschaft aller unselbständig Erwerbstätigen, nach dem Vorbild der "Deutschen Arbeitsfront" im faschistischen Hitlerdeutschland, setzt bereits soviel faschistisches Gedankengut bei den CSU-Mitgliedern voraus, um überhaupt diskutiert werden zu können. Logischerweise ist diese Diskussionsvorlage (Bildung von Arbeitnehmerkammern) das Ziel von Strauß und seiner CSU-Politik, die anderen Diskussionspunkte sind nur Etappen, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Bildung von Arbeitnehmerkammern mit Zwangsmitgliedschaft zu diskutieren bedeutet Diskussion um Errichtung der faschistischen Diktatur.

Um klarzumachen, welche Gesetzesvollmachten die Arbeitnehmerkammern nach dem Muster der "Deutschen Arbeitsfront" im Nazi-Deutschland innehatten, hier nochmal die wesentlichen Funktionen von solchen Kammern mit Zwangsmitgliedschaft. Wegfall der freien Berufswahl, Wegfall der freien Arbeitsplatzsuche. Kein Arbeiter konnte ohne Genehmigung der Arbeitnehmerkammer seinen Arbeitsplatz wechseln. Dienstverpflichtung, Verpflichtung zu Überstunden, Berufsverbote. Allein das Interesse des Kapitals war ausschlaggebend und nicht die Belange des Arbeiters. Und dies noch im Namen des Gesetzes.

Natürlich bleibt die Bildung von Arbeitnehmerkammern mit Zwangsmitgliedschaft als Diskussionspunkt innerhalb der CSU witzlos, wenn man nicht die Absicht hat, die entsprechenden Gesetze dazu herbeizuführen. Wenn Strauß an die Regierung kommen wird; wird er alles daran setzen, daß solche Gesetze verabschiedet werden. Andererseits zeigt die Verabschiedung der Notstandsgesetze, daß man sich nicht darauf verlassen kann, daß ein Zustandekommen solcher Gesetze nur bei einer Strauß-Regierung möglich wäre. Die Diskussion um die Arbeitnehmerkammern zeigt klar, was Strauß vorhat, wenn er an die Macht kommt. Strauß weiß ganz genau, daß eine Wiedereinführung der Vollbeschäftigung bei Beibehaltung der bürgerlichen Demokratie wegen der immer wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus nicht möglich ist. Er verspricht Vollbeschäftigung. Erreichen kann er dies nur mit faschistischen Gesetzen, Bildung von Arbeitnehmerkammern, Verlängerung der Wehrpflicht, Wiedereinführung des Arbeitsdienstes, mit den Parolen der "Volksgemeinschaft" wie "Gürtel enger schnallen" und dergleichen

mehr. Ganz gefährlich ist die Illusion, Strauß und seine CSU würden es heute nicht wagen, dieses Programm durchzusetzen.

### Unterwanderung des DGB

Die große Errungenschaft der Arbeiter nach dem zweiten Weltkrieg war die Gründung der Einheitsgewerkschaft. Das Ziel war, jenen verhängnisvollen Fehler auszumerzen, der den Machtantritt des Hitlerfaschismus erheblich erleichtert hatte: Die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiter durch die verschiedenen Gewerkschaften. In dieser Einheitsgewerkschaft konnte sich jeder organisieren, egal ob Sozialdemokrat, parteilos, Christ oder Kommunist, der gemeinsame Nenner war der organisierte gewerkschaftliche Kampf für die Interessen der Arbeiter gegen das Kapital. Somit war auch klar, daß ein Nazi in dieser Einheitsgewerkschaft nichts zu suchen hat. Wer diese Einheitsgewerkschaft spalten will, der will dieselben Voraussetzungen schaffen wie vor 1933, mit dem Ziel, dem Machtantritt des Faschismus den Weg zu bahnen. Heute jammert die CSU, die Einheitsgewerkschaft hätte zu viel Macht und sie will nur Gegenmacht zur (angeblichen) Macht der Gewerkschaften. In Wahrheit bemüht sich die Einheitsgewerkschaft um Gegenmacht gegen die alleinige Macht der Unternehmerverbände und der Monopole und wer diese Gegenmacht brechen will, der will die schrankenlose Macht des Unternehmerlagers in Staat und Gesellschaft. Stoibers Zitat: "Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist tot", es gäbe eine Hinwendung des DGB zu einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft. Leider läßt sich dies in keinem Gewerkschaftsprogramm nachweisen, doch muß die Tatsache erhalten, daß 90 % der Hauptamtlichen im DGB und seinen Gewerkschaften Mitglieder der SPD seien und daß auch DKP-Mitglieder Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute sind.

Stoiber beschwört seine CSU-Mitglieder, durch Masseneintritte in den DGB und seinen Gewerkschaften den DGB zu unterwandern, um dadurch mehr Einfluß im DGB zu gewinnen. Für welche Ziele? Übrigens steht jedem CSU-Mitglied, das arbeiten geht, frei, in die Gewerkschaften einzutreten. Daß dies nicht geschieht, liegt an der gewerkschaftsfeindlichen Grundeinstellung der meisten CSU-Mitglieder und CDU/CSU-Wählerschichten. Daß die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder sozialdemokratische Ansichten haben, liegt daran, daß sie glauben oder glaubten

daß ihre Interessen von der SPD mehr vertreten werden als von der CDU/CSU. So ist die Gewerkschaft eigentlich ein Spiegelbild der arbeiterfeindlichen CDU/CSU-Politik.

### Fraktionierung der DGB-Gewerkschaften

Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß die organisierten Arbeiter in den DGB-Gewerkschaften parteipolitische Fraktionen bilden, wie dies in dem österreichischen Modell der Fall ist. Dieses österreichische Modell ist von den DGB-Gewerkschaften schon in früherer Zeit sowie neuerdings ausdrücklich abgelehnt worden. Zu Recht! Denn was soll eine Partei wie die CDU/CSU, die ausschließlich die Interessen des Kapitals vertritt, als Fraktion im DGB. Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für ein bestimmtes Wirtschaftssystem. Nach dem Grundgesetz soll Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Natur-schätze und Produktionsmittel können in Gemeineigentum übergeführt werden. Allein, weil sich der DGB auf dieses Grundgesetz beruft, ist der DGB in den Augen der CSU eine sozialistische Richtungsgewerkschaft, und jeder, der nicht die sogenannte freie soziale Marktwirtschaft bejaht, wird von der CDU/CSU als Verfassungsfeind kriminalisiert und in die Ecke der Terroristen gestellt.

Aber daß es die CDU/CSU überhaupt wagen kann, eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft zu forcieren, daran ist der DGB selbst schuld. Denn eine Gewerkschaft, die ausschließlich die Interessen der Arbeiter zu vertreten hat, muß klipp und klar sagen, daß die Ausbeutung der Arbeiter nur durch die Abschaffung des Kapitalismus beseitigt werden kann. Stattdessen wurde die Einheitsgewerkschaft von der Sozialdemokratie von einer Kampforganisation in die klassenversöhnlerische Rolle als Sozialpartnerschaftsverein herabgezerrt. Doch diese Illusion, daß durch eine Politik der Sozialpartnerschaft und Klassenversöhnung die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital gelindert würde, erweist sich tagtäglich als Unsinn. Vor allem aber wird ja jetzt schon von den Gewerkschaftsführern betrieben, was die CSU im großen Ausmaß vorhat: Ein Teil der Posten die beim heutigen Zustand der Gewerkschaften auch die einträglichsten sind, werden proporzmäßig stets für die CDU/CSU-Politiker reserviert. Und der andere, größere Teil dieser Posten geht an die SPD, von einigen Ausnahmen abgesehen. Nicht danach geht es, wer der

beste Arbeiterführer ist; klassenbewußte Arbeiter, Arbeiter, die mit der Gewerkschaft für den Sozialismus kämpfen wollen, kommunistische Arbeiter werden reihenweise aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, parteilosen Arbeitern wird das sozialdemokratische Programm aufgezwungen. Aber daß die CDU/CSU die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen auch noch mitdirigieren darf, sehen Vetter und Loderer als die große Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft! Mit dem allerdings, was die Arbeiter stets unter Einheitsgewerkschaft verstanden haben, in der sozialdemokratische, parteilose, christliche und kommunistische Arbeiter gemeinsam organisiert sein müssen, hat dies nichts mehr gemein. (Daß die bayerischen Unternehmer sich kurz nach Bekanntgabe des Plans von Strauß für die "Einheitsgewerkschaft" und gegen Tarifverträge mit den "Christlichen" ausgesprochen haben, spricht für nichts anderes, als daß sie die Zerstörung der Gewerkschaften von innen aufgrund des Entgegenkommens des DGB — das durch die Gesprächsbereitschaft Vettters mit Strauß nochmals bekräftigt wurde — für die aussichtsreichste Taktik heute ansehen.)

Der DGB und seine Gewerkschaften müssen wieder ihre eigentlichen Aufgaben wahrnehmen, durch konsequenten Klassenkampf die Arbeiter dazu zu befähigen, die Herrschaft des Kapitals zu beseitigen. Nur durch solch ein offensives Vorgehen wird den Gewerkschaftsfeinden und Spaltern eine klare Absage erteilt.

### **Die aktive Unterstützung des christlichen Gewerkschaftsbundes**

Schon 1955 versuchte die CDU/CSU die deutsche Einheitsgewerkschaft mit der Gründung des CGB zu spalten. Zu einem Teil ist es ihr gelungen. Heute zählt dieser CGB in der Bundesrepublik 232 000 Mitglieder. Der Zweck dieser Gründung war ausschließlich, mit diesem CGB eine Organisation von Streikbrechern aufzubauen. In der Satzung des CGB fehlt jegliches Streikrecht. Die Diskussion der CSU, diesen CGB mehr zu unterstützen, ist eigentlich ein Armutszeugnis ihrer Politik, da selbst in Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen wie Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CDA/CSA) der CGB wegen seines offen unternehmernahen Charakters überwiegend auf Ablehnung stößt. Aber die CSU ist nur darauf bedacht, durch noch mehr Unterstützung des CGB die Spaltung der Ein-

heitsgewerkschaft voranzutreiben. Bedauernd meint Stoiber und seine CSU, daß es nicht genügend konservative Arbeitnehmer gäbe, die bereit wären, sich im CGB zu organisieren. Bei der Gründung des CGB waren es in der Mehrzahl Arbeiter, die sich vom Katholischen Arbeiterbund, dem Werkvolk und ähnlichen christlichen Vereinen dazu überreden ließen. Nach der christlichen (eher unchristlichen) Lehre "Bete und arbeite", den Lohn gibt es im Himmel, oder der christlich-calvinistischen Vorstellung "Arm und reich ist von Gott gewollt" wurde diesen bedauernswerten Menschen der Mut genommen, für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage zu kämpfen. Die CSU bedauert, daß es nicht noch mehr solche konservative Arbeitnehmer gibt. So z.B. Hausgehilfinnen, die nach 50-jähriger Arbeitszeit nicht mal den Fürsorgesatz der Sozialämter als Rente erhalten, weil von ihrem niedrigen Lohn nur schwache Beiträge zur Sozialversicherung bezahlt wurden. Oder Lehrlinge, die jeden Tag geohrfeigt wurden und dafür noch Lehrgeld mitbringen mußten. Oder Knechte in der Landwirtschaft, die zu Lichtmeß zwölf Reichsmark Jahreslohn bekamen, dafür aber 80 Stunden in der Woche arbeiten mußten und dafür gnädigerweise im Pferdestall schlafen durften. Es ist eine Schweinerei sondersgleichen, wenn sogenannte Christpolitiker es bedauern, daß es nicht mehr so viele konservative Arbeiter gäbe, denen man praktisch in die Lohntüte reinscheißt und die dafür noch Danke schön sagen sollen.

Dem DGB und seinen Gewerkschaften muß man den Vorwurf machen, sich nicht besonders um diese im Bewußtseinsstand sehr rückständigen Arbeiter zu kümmern, um so beizutragen, die Spaltung durch den CGB zu verhindern.

### **Gründung einer neuen Konkurrenz-gewerkschaft**

Dieses Konzept einer Konkurrenzgründung finden die CSU-Planer so bestechend, daß sie dazu konkrete Überlegungen anstellen, zumindest vorerst für Bayern. Es müssen im Freistaat, schwärmen Stoibers Planer, "schlagartig" ein Netz von hauptamtlichen Mitarbeitern (für Bayern vorerst 50) mit entsprechenden Gewerkschaftsbüros aufgebaut werden. Eine grobe Überschlagsrechnung habe ergeben, daß dazu 100 Millionen DM für 5 Jahre ausreichen würden. Als Vorbild dient Strauß und seiner CSU das chilenische Modell unter Foltergeneral Pinochet. Der Aufbau einer faschistischen

**Fortsetzung Seite 54**

# Das Jein der SPD- und DGB-Führung zur Remilitarisierung oder Warum Soldaten Gewerkschafts Mitglieder sein müssen!

Das schneidige, zackig vorgebrachte "Jawoll" zum Mordbefehl hat Tradition in deutschen Landen, aber auch der Kampf gegen Militarismus und Krieg und die Gewerkschaften spielten immer eine der Hauptrollen. Von all dem soll in folgendem Beitrag die Rede sein.

## Nie wieder Krieg!

Nie wieder Danzig, Dresden, Berlin und viele andere Städte in Trümmern, unter denen Tausende von menschlichen Kadavern verwesen! Das war nach 1945 die Haltung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes angesichts des rauchenden Trümmerhaufens und der Leichenberge, die den Wahnsinn des 2. imperialistischen Weltkrieges offenlegten. Nein, nie wieder soll die Blüte der deutschen Jugend auf Europas Schlachtfeldern für "Führer" und Wirtschaftsmagnaten verbluten.

Doch im Windschatten des US-Imperialismus betrieben Adenauer und Konsorten von Anfang an alle Vorbereitungen, eine neue imperialistische Armee zu schaffen. Nachdem die Remilitarisierungspläne des Bonner Staates von US-Gnaden langsam an die Öffentlichkeit gedrungen waren, formierte sich breiter Widerstand, angeführt von der KPD, der breiten Basis der SPD und dem DGB.

## Die Bundeswehr - Armee des Klassenfeindes

Die Bundeswehr wurde gegen den Willen und Widerstand der Bevölkerung aufgebaut. Alle 135 Generale und Admirale der neuen Armee des deutschen Imperialismus waren schon Offiziere der Hitler-Wehrmacht, führend beteiligt an dem Überfall auf unsere Nachbarstaaten und vor allem am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Wer aber sind die Bausteine, die Bestandteile dieses Machtinstruments Bundeswehr? Das sind hauptsächlich Menschen, die, wenn sie in keiner Uniform stecken und keinen Stahlhelm tragen müssen, Arbeiter genannt werden. "Armee aus dem Volk, aber nicht für das Volk, sondern gegen das Volk", so charakterisierte Karl Liebknecht dieses Gebilde, das die derzeit in der BRD herrschende Freiheit, sprich die Freiheit der Herrschenden verteidigen soll.

Die Bundeswehr ist eine imperialistische Armee, eine Armee der Aggression, sie soll die Rohstoffe, Absatzmärkte, Produktionsstätten und Arbeitskräfte der fremden Völker "heim ins Reich" holen, sie soll das eigene Volk in Schach halten. Sie soll die Politik der Monopolherren des erbarmungslosen Kaputt Konkurrierens und des Handelskriegs gegen die anderen Monopolisten, mit anderen

Mitteln, mit dem Mittel des Krieges durchsetzen. Die Bundeswehr ist, in einem Satz gesagt, das Rückgrat des deutschen Imperialismus.

### Die Bundeswehr verteidigt die Freiheit der Ausbeutung

Es wird uns von all denen, die daran ein großes Interesse haben, immer wieder vorgegaukelt, die Bundeswehr sei "demokratisch" und zur "Verteidigung der Freiheit" da. Eine Räuberarmee kann jedoch nur eine Räubermoral entwickeln, keine Spur von Demokratie; die Bundeswehr ist aufgebaut nach dem Muster und steht in der Tradition des, von der Arbeiterklasse seit jeher verhaßten, preußischen Militarismus.

Lorenz Hagen, in den 50er Jahren DGB-Vorsitzender in Bayern, sagte auf einer Konferenz, wo Christian Fette und Hans vom Hoff (von beiden wird weiter unten noch die Rede sein), Mitglieder des DGB-Bundesvorstands 1952 für die Remilitarisierung sprechen wollten: "Eine demokratische Armee, wie sie der Bundesvorstand (des DGB - d.Verf.) befürwortet, ist ein Widerspruch in sich selbst. Die Organisation des Militärs ist antidemokratisch. (...) Militär hat in Deutschland immer Militarismus bedeutet, und in der deutschen Geschichte ist die Armee immer ein Instrument gegen die Interessen der Arbeiterklasse gewesen."

Und überhaupt, was hab ich von einer "Frei-

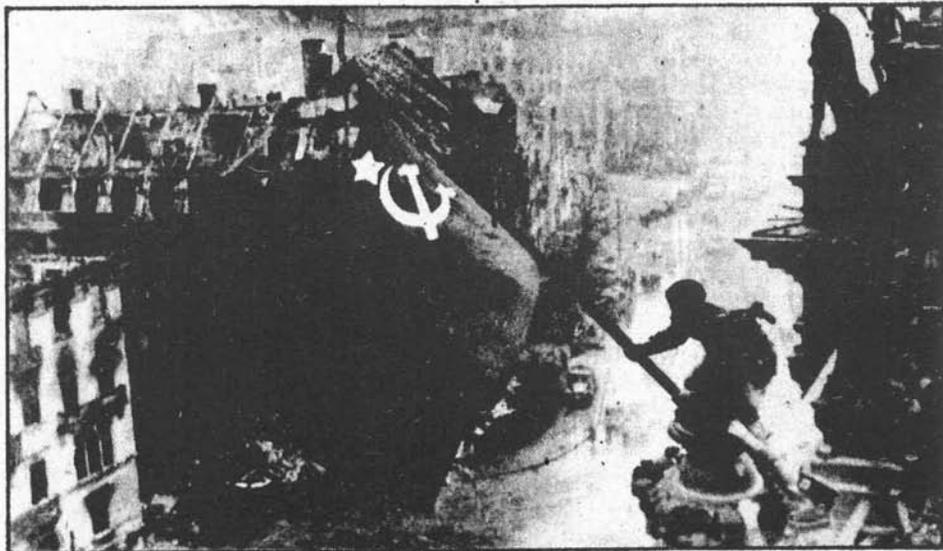
heit", in der der Kapitalist sich an meinem Schweiß und Blut bereichert, und wenn er mich nicht mehr braucht, mir meine Existenzgrundlage, meine Arbeit nimmt und mich auf die Straße schmeißt, wie eine ausgepreßte Zitrone? Was ist das für eine "Freiheit", was ist das für ein "Vaterland", wo ich den Kopf für die Fabriken der Kapitalisten an der Front hinhalten soll und krepieren muß? Was ist das für ein "Vaterland", was ist das für ein System, das ständig mit Fascismus und Krieg schwanger geht? Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

### Wofür die Reaktion die NATO braucht

Die Reaktion gab das Ziel an, das die westdeutsche Beteiligung an der NATO oder — wie sie es nannte — der "westdeutsche Verteidigungsbeitrag" hatte und hat.

Adenauer am 1.3.1952: "Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag für Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen." Im Mai 56 vor dem Bundesverband der deutschen Industrie: "Die Sowjetunion ist im Grunde genommen unser Todfeind."

Hallstein, damals Staatssekretär, kennzeichnete so am 13.3.52 in Washington die Etappen



Mai 1945: Mit der Einnahme Berlins wird die Befreiung Europas vom Faschismus durch die Sowjetunion vollendet. Die Flagge der UdSSR auf dem Reichstaggebäude wehte und symbolisierte den Wunsch des Volkes: Nie wieder!

des einzuschlagenden Weges: "Die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen, das Ende der deutschen Spaltung, der Zusammenschluß des freien westlichen mit dem vom Bolschewismus befreiten östlichen Europa - bis hin zum Ural."

Strauß, langjähriger Kriegsminister, jetziger Kanzlerkandidat der Unionsparteien am 11.11.56: "Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen zu können."

Brentano, langjähriger Außenminister 1952: "Alles ist zu tun und das letzte zu unternehmen, um die Ostzone zu befreien."

Was heißt das anderes als die Vorbereitung eines neuerlichen Feldzuges gegen den Bolschewismus- wie es Hitler nannte?

### **Das Volk schweigt nicht, sondern kämpft!**

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, das war die Haltung Bebel's, das ist die Haltung der tausenden Kämpfer gegen Militarismus und Krieg.

Mutig setzte sich auch die Jugend gegen den Rüstungskurs zur Wehr. Anfang 1951 gaben sieben junge Menschen ein leuchtendes Beispiel des aktiven Widerstandes gegen die Remilitarisierung der BRD. Es waren Mitglieder

der Freien Deutschen Jugend (FDJ), Falken, Katholischen Jugend und der Gewerkschaftsjugend, die auf Helgoland landeten, die Bombenabwürfe und -versuche der englischen Luftwaffe verhinderten und so die Einstellung der Bombardements Helgolands erzwangen.

Die FDJ mauerte nachts für den "Ernstfall" vorbereitete Sprenglöcher in Brücken und wichtigen Anlagen zu, Walter Zauner aus Regensburg beseitigte angeeilt unter schwierigen Bedingungen ein Sprengloch der Maria-Hilfs-Brücke. Er erhielt für die mutige Tat von einem amerikanischen Militärgericht eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren.

Die verschiedenen Strömungen des antimilitaristischen Widerstandes bildeten einen "Hauptausschuß für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung", der postwendend von Adenauer verboten wurde. Die Wahlhelfer zogen von Haus zu Haus, von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb, überall wurden Abstimmungen und Unterzeichnungen für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung durchgeführt. 8.781 polizeiliche Einsätze, 7.331 Verhaftungen und mehr als 1.000 Gerichtsverfahren, damit wollte die Reaktion die Volksbefragung unmöglich machen, doch bis März 1952 hatten bereits 9.119.667 Männer, Frauen und Jugendliche gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unterschrieben.



Funktionärskonferenz der KPD und SPD des Landes Sachsen in Dresden am 15. Januar 1946

1950/51 sollten für den Krieg in Korea Sonder-schichten gefahren werden. Bald wurden diese Sonderschichten allerorts "Panzerschichten" genannt und die Losung "Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten" überall verbreitet. Ende Januar 1951 wurden kaum noch Panzer-schichten gefahren. Betriebsräte der IGM in München beschlossen auf ihrer Vollversammlung für 25.000 Mitglieder mit einer Gegen-stimme eine Resolution gegen die Remilitari-sierung.

## Philipp Müller

Beim "westdeutschen Treffen der Jungen Generation" am 2.3.52 in Darmstadt, wo 1.200 Delegierte der evangelischen und katholischen Jugend, Falken, Naturfreundejugend, Pfad-finder, Pazifisten und FDJ teilnahmen, wurde die deutsche Jugend zum gemeinsamen Kampf gegen die Wiederbewaffnung aufgerufen. Am 11.5.52 demonstrierten mehr als 30.000 Ju-gendliche in Essen gegen den Rüstungskurs Adenauers. Noch viel mehr wollten kommen. Doch Bonn suchte die Konfrontation. Die De-monstration wurde verboten, Essen durch tau-sende Polizisten hermetisch abgeriegelt, die Ju-gendlichen wurden gestoppt. "Weg mit dem Generalvertrag!" - "Ami go home!" - "Nieder mit Adenauer!" - "Wir fordern den Abschluß



Auf der Potsdamer Konferenz wurde von den Alliierten ein Abkommen verabschiedet, in dem der Grundstein gelegt wurde für ein antifaschistisches, friedliches, einiges Deutschland.

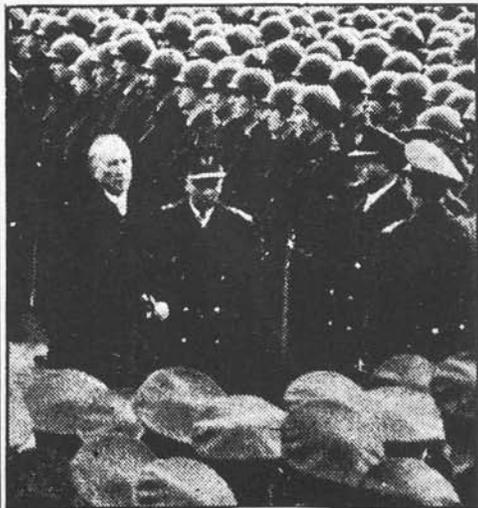
eines Friedensvertrages!" riefen die Arbeiter-jugendlichen der Polizei entgegen. Die Polizei provozierte die Gewalt und ging mit Schlag-stöcken gegen die Jugend vor, plötzlich wurde geschossen! Tödlich getroffen fiel der tapfere Jungkommunist und Gewerkschafter Philipp Müller aus München-Neuaubing, der parteilo-se Dreher Albert Bretthauer aus Kassel und der junge Sozialdemokrat Bernhard Schwarz aus Münster wurden schwer verwundet, Hunderte verletzt und 260 verhaftet. Dieser Tag erinnerte viele an die gerade überstandene gelaubte Zeit des Hitlerfaschismus. Das Zentralbüro der Freien Deutschen Jugend warnte die gesamte Klasse: "Heute schießt man auf die Jugend, morgen wird man auf Arbeiter schießen, die für ihre Rechte streiken."

Allein in Süddeutschland wurden bis Ende Fe-bruar 52 in 65 Betrieben Warnstreiks gegen die Remilitarisierung durchgeführt.

## Das "Nein - aber Doch" der Sozial-demokratie

Überall waren Kommunisten, Sozialdemokra-ten, Parteilose, Christen, Gewerkschafter, Pazi-fisten im gemeinsamen Kampf vereint.

Doch die SPD und rechte DGB-Führung sabo-tierten und spalteten den Kampf gegen die Re-militarisierung. Christian Fette, der damalige DGB-Vorsitzende, und vom Hoff sprachen sich offen für einen "deutschen Verteidigungs-



Adenauer und die westlichen Alliierten scher-ten sich einen Dreck um dieses Abkommen. Sie betrieben die Spaltung und Remilitari-sierung!

beitrag" und damit für die Wiederaufrüstung aus. Die großbürgerliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" sprach dem rechten Bundesvorstand des DGB ein "dickes Lob" aus und schrieb: "Wenn es die Gewerkschaften nicht gäbe, müßte man sie erfinden." Hans vom Hoff hatte im Beisein Christian Fettes vor Publizisten erklärt: "Man kann die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß im Osten in starkem Maße die Wiederaufrüstung vorangetrieben wird und der Westen zur Verhinderung von Aggressionen Abwehrmaßnahmen treffen muß". Mit diesen faden- und scheinheiligen Vorwänden versuchte er das unmißverständliche Ja der Gewerkschaften zur Wiederaufrüstung zu erklären. Er verglich in diesem Zusammenhang westdeutsche Truppenteile mit einer Betriebsfeuerwehr, die dazu diene, die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten.

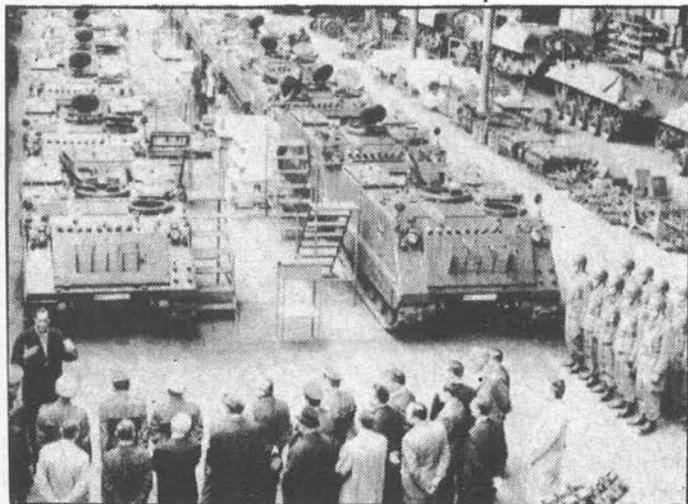
Auch andere Gewerkschaftsführer verrieten das Nein zur Remilitarisierung oder zeigten zumindest eine absonderliche Diskrepanz zwischen Worten und Taten. So marschierte der damalige Bau-Steine-Erden-Vorsitzende Georg Leber an der Spitze von Demonstrationen gegen die Atombewaffnung und Wiederaufrüstung, für den Generalstreik, um später unter einer SPD-Regierung Kriegsminister zu werden. Gewerkschaftsführer entblöden sich nicht, auf groß-militaristisch angelegten öf-

fentlichen Vereidigungsfeiern von 1 200 und mehr Rekruten lobende Worte für diese Bundeswehr und deren aggressiven Auftrag zu finden, anstatt sich in die Reihen der zahlreichen Gegendemonstranten einzugliedern. Der derzeitige (wie lange noch?) DGB-Vorsitzende Vetter betonte in einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr (wo kurze Zeit später der chilenische KZ-Kommandant Kraushaar unter dem Jubel von deutschen Offizieren den faschistischen Massenmord in Chile verherrlichte), daß die Gewerkschaften zwar gegen die Remilitarisierung gestimmt hätten, aber sich nun mit der Bundeswehr ausgesöhnt hätten. Es gäbe, so sagte er, keinen Widerspruch mehr, zwischen organisierter Arbeitnehmerschaft und bewaffneter Macht.

Hier drängt sich geradezu eine Parallele aus jüngster Zeit auf: Vetter erklärte auch, einer Regierung Strauß gegenüber loyal zu sein. Die rechte DGB-Führung begibt sich so in eine gefährliche, tödliche Umarmung durch den erklärten Gewerkschaftsfeind Nr.1 und Faschisten, der durch seinen Vasallen Stoiber kundtat, was seine Pläne mit dem DGB sind, nämlich: Zersetzen und zerschlagen!

### Dolchstoßpolitik und offener Verrat!

Während also die Antimilitaristen in vorderster Front gegen die Remilitarisierung kämpf-



Doch für sie gab es nur eine Richtschnur: Bevor Deutschland dem arbeitenden Volk gehört, sollte es lieber in Waffen erstarren, mußten die Schlote der Rüstungsmonopole (wie auf dem Bild z. B. bei Thyssen-Rheinsteel) erneut rauchen.

Die Kumpel, die Millionen friedliebender Menschen in unserem Lande, kämpften trotz Schikanen, Bedrohungen und Gefängnishaft gegen die Remilitarisierung gegen das erneute Entstehen einer imperialistischen

ten, wurde von rechten SPD- und Gewerkschaftsführern versucht, sie meuchlings von hinten abzustechen:

Carlo Schmid ließ schon 1949 im "Parlamentarischen Rat" durchblicken, daß er zur "Europa-Armee" steht.

Herbert Wehner forderte 1951, noch vor dem Verbot durch Adenauer, daß die Volksbefragung zur Remilitarisierung (siehe oben) als "ungesetzlich unterbunden werden muß". Kurt Schumacher erklärte am 23.8.50 auf einer Pressekonferenz: "Hier, wo wir untersuchen müssen, ob es eine Situation gibt, bei der eine deutsche militärische Leistung einen Sinn hat, sage ich: Diese Situation tritt dann ein, wenn die Weltdemokratie, wenn vor allen Dingen die Vereinigten Staaten Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigen und (...) die Kriegsentscheidung mit allen Kräften östlich vor Deutschland suchen."

Willy Brandt erklärte 1950, daß "die Frage der Sicherheit des Westens uns als Betroffene im höchsten Maße interessiert und uns zu ersten Überlegungen veranlassen muß."

Während die rechten SPD-Führer sich wegen dem breiten Widerstand aus allen Teilen der Bevölkerung "über die Runden zu retten" versuchten und seichte, manchmal sogar richtige antimilitaristische klingende Standpunkt

te zu "vertreten" suchten, nahmen sie Verbindung

zu ehemaligen Hitleroffizieren auf und führten geheime Absprachen mit 35 führenden Wehrmachtsoffizieren über den zweckmäßigsten Weg zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte. Gegenstand einer solchen Beratung am 29./30.9.51 in der SPD-Parteischule Kochel in Oberbayern war insbesondere die allgemeine Wehrpflicht. Diesem Treffen waren andere vorausgegangen. Waldemar von Knoeringen, damals Landesvorsitzender der bayerischen SPD, bezeichnete den Prozeß der Remilitarisierung als "kompliziert und schwierig", da, wie er ausführte, die positive Einstellung des Parteivorstandes zu einem "Verteidigungsbeitrag" selbst innerhalb der Partei geheim bleiben müßte. Fritz Erler und Kurt Schumacher forderten auch die Verstärkung der imperialistischen Besatzungstruppen.

### Gewerkschaftsfeinde an der Gewerkschaftsspitze

Diese "Herrschaften" wußten nur zu gut, warum sie die Katze noch nicht verfrüht aus dem



Angriffsarmee (wie auf dem Bild die Kumpel die sich in die Listen gegen die Remilitarisierung eintrugen).

Keine Atomwaffen  
in deutsche Hände  
gegen  
Notstandsgesetze!



Sack lassen wollten. Die Zeichen standen auf Sturm! Weitere Streiks gegen Adenauers Rüstungspolitik, wie bei der Daimler-Benz AG in Mannheim, wurden durchgeführt. Im Ruhrgebiet beschlossen die Belegschaften der Schachanlage "Nordstern" (Gelsenkirchen) und anderer Betriebe einen 24-stündigen Warnstreik gegen den Wehrbeitrag. Der Bundesvorstand des DGB ließ ausgerechnet durch vom Hoff am 7.2.52 erklären, daß er alle angekündigten Streiks und Warnstreiks gegen die Remilitarisierung ablehnen müsse. Gewerkschafter, wie der Münchner Wörl, wurden gemäßregelt, weil er in einem Bericht in der "Welt der Arbeit" zu scharf gegen die Militarisierung auftrat. Im September 1951 wurden vier Gewerkschaftsfunktionäre wegen ihrer konsequenten Haltung gegen die Wiederaufrüstung aus dem Hauptvorstand der IGM ausgeschlossen.

Die rechten Gewerkschaftsführer, allen voran besagte Fette und vom Hoff, ignorierten die Meinung der großen Mehrzahl der Mitglieder. Adolf Kummernuß, der damalige Vorsitzende der ÖTV, hatte von den Delegierten den eindeutigen Auftrag bekommen, offensiv die Militarisierung zu bekämpfen und die ablehnende Haltung der ÖTV zu vertreten. Er verzichtete darauf, bei Bundes- und anderen Konferenzen des DGB eigene Gedanken in dieser Richtung zu äußern. Das taten auch die mei-

sten anderen Einzelgewerkschaftsvorsitzenden. Durch allerlei Taschenspieler- und Tagesordnungsstricks, Mauseheleien und taktische Schachzüge versuchten Fette und vom Hoff die Mitglieder auszumövrieren, ja sie schalteten sogar die innergewerkschaftliche Demokratie aus, und, als sie merkten, daß ihnen das alles nichts nützt, versuchten sie sich doof zu stellen. Auf einmal wollten sie bestimmte Äußerungen und Handlungen nicht gemacht haben und gaben an, daß der Ausspruch vom Hoff's keinen Wehrbeitrag bedeute und, daß nur die Presse daran schuld sei, wenn die Gewerkschaftsmitglieder so aufgebracht seien. Sie wollten den DGB "neutralisieren", d.h. aus dem Kampf gegen Remilitarisierung heraushalten. Der "Bonner Generalanzeiger" schreibt daraufhin: "Der Presse vorzuwerfen, daß sie schuld sei an den Unruhen, die darauf in den Betrieben entstanden seien, heißt, die Trompete und nicht den Trompeter für den Lärm verantwortlich zu machen." Die Zeitung zitiert nochmal vom Hoff's Äußerungen und kommt zu dem Schluß, "wenn das kein Ja bedeutet, dann haben wir alle nicht lesen können."

### Weg mit dem Feind in den eigenen Reihen!

Zu den schärfsten Auseinandersetzungen kam es auf dem zweiten ordentlichen Bundes-



Vor allem die Jugend war ganz vorn im Kampf gegen die Remilitarisierung!

kongreß des DGB vom 13. bis 17.10.52 in Westberlin, als Fette im Geschäftsbericht des Bundesvorstands erneut sein Ja zur Remilitarisierung äußerte. Mit Ausnahme der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und eines einzigen Diskussionsredners griffen alle Delegierten Fette und auch vom Hoff scharf an, nannten sie Demagogen, forderten die Wiederherstellung der innergewerkschaftlichen Demokratie und gewerkschaftliche Aktionen bis zum Streik gegen die Ratifizierung der Militärverträge mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Fette und vom Hoff wurden von den Delegierten aus dem DGB-Vorstand entfernt. Nur durch massiven Druck der Basis auch gegen den neuen, ebenfalls schwankenden DGB-Vorsitzenden, Walter Freitag, konnte erreicht werden, daß der DGB beim Nein zur Remilitarisierung blieb. Der General- oder Massestreik, die wirksamste Waffe der Arbeiterklasse aber, konnte nicht durchgesetzt werden. Am 27.2.55 wurde mit den Stimmen der CDU CSU - und der FDP-Mehrheit der deutsche Verteidigungsbeitrag durchgedrückt. Die Bundestags-SPD mußte sich ebenfalls einstweilen dem Druck der Basis fügen und stimmte so geschlossen dagegen. In der Hauspostille des DGB-Vorstands, der "Welt der Arbeit", hieß



Die Antwort der Reaktion auf den Widerstand gegen die Remilitarisierung war barbarisch: Verbote, Polizeieinsätze, Zerschlagung von Demonstrationen wie hier einer FDJ-Demonstration 1952 in Essen, wo Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde.

es aber nur lakonisch: "Die Entscheidung ist, da sie durch ein demokratisch gewähltes Parlament gefällt wurde verpflichtendes Gesetz." Die "Nürnberger Nachrichten" trafen den Kern der Sache. Sie schrieben bereits am 19.2. 53: " Es geht nicht mehr um die Ablehnung der EVG (Europäischen Verteidigungsgemeinschaft - d.Verf.). Es geht auch nicht mehr um den Zeitpunkt der Remilitarisierung, nicht mehr um die Reihenfolge soziale Sicherheit, dann Aufrüstung, es geht nur mehr um den Modus dieser Aufrüstung. Sie (die SPD-Führung) verzichtet auf alle Mittel des außerparlamentarischen Widerstands, und sie wird sich nach der dritten Lesung, wie so oft in der Geschichte, der Macht der Verhältnisse beugen." Wie recht doch diese bürgerliche Zeitung hatte!

### So wie gestern, so auch heute

Die Kumpanei der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer mit den reaktionärsten Kreisen Westdeutschlands und der USA ist kein "Ausrutscher", sondern hat Methode. So gibt es eine konsequente Linie seit 1914 in der Stellung der rechten Sozialdemokratie zum kapitalistischen Staat und seiner imperialistischen Armee. Am 1.8.1914 begann der



Die Kraft, die am entschiedensten gegen die Remilitarisierung kämpfte, die KPD, wurde 1956 verboten. Hier wird gerade ein Funktionär verhaftet.

erste imperialistische Weltkrieg, am 2.8. wurde, wie es in den "DGB-Notizen aus der Gewerkschaftsgeschichte" von Rudolf Herbig (herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand) heißt, "ein Burgfrieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geschlossen. Alle wirtschaftlichen Arbeitsstreitigkeiten werden für die Kriegszeit eingestellt." Die Überraschung im In- und Ausland über die Bewilligung der zum Krieg nötigen Kredite am 4.8.1914, nennt Herbig "unbegründet". Zitat: "Die SPD ist längst eine in ihrem Wesen reformistische Partei geworden, deren Mitglieder zum Staat zwar in Opposition stehen, ihn aber nicht mehr stürzen wollen, sondern ihre Politik auf friedliche Durchdringung abgestellt haben."

Am 16. April 1917 streiken in ganz Deutschland und allein in Berlin 200 000 Arbeiter gegen die unzulängliche Lebensmittelversorgung und gegen den imperialistischen Krieg. Die Gewerkschaftsführung lehnt unter Hinweis auf den den imperialistischen Krieg unterstützenden Burgfrieden die Streiks ab. Streiks in Munitionsfabriken! Streiks überall, die Armee wird eingesetzt. Revolution in Deutschland! "Frieden und Sozialismus", fordern die Massen 1918. Sozialdemokraten vom Schlage Scheidemanns, Eberts, Hase, Bluthund-Noske, Arbeitermörder-Zörgiebel, wollen den Kaiser (Wilhelm II) nicht stürzen, der von seinen Soldaten forderte, daß sie auch auf Vater und Bruder schießen müssen, wenn es befohlen wird. Als dann der Kaiser von den Massen mit Waffengewalt zum Abdanken

und zur Flucht gezwungen wird, stellen diese rechten Sozialdemokraten sich an die Spitze des Weimarer Staates und stellen Freicorps auf, um die Revolution im Blut zu ersticken. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer schrieb später, daß nur Sozialdemokraten die Revolution zerschlagen konnten.

Diese Stellung erkennt man gerade auch heute. Nichts ist mehr zu sehen von der Ablehnung des DGB zur Remilitarisierung. Noch einmal sei das Wort Veters, wonach es keinen Widerspruch zwischen Arbeitern und Militär mehr gäbe, erwähnt. Die Gewerkschaftsführer versuchen gar nicht mehr, die Bundeswehr kampfunfähig zu machen, für den Einsatz nach innen und außen, im Gegenteil! Sie lehnen sogar die gewerkschaftliche Organisation wehrpflichtiger Soldaten entschieden ab. Auf der zehnten ordentlichen Bundesjugendkonferenz des DGB und in vielen anderen Gewerkschaftsgremien wurde diese Forderung erhoben.

### Soldaten müssen Gewerkschafter werden

Die Mitgliedschaft wehrpflichtiger Soldaten ruht, solange sie bei der Bundeswehr sind. Absurd: Arbeiter, die, bevor sie Soldat wurden, aktive Gewerkschafter waren und es nachher wieder werden, sollen in der Bundeswehrzeit keine Gewerkschaftsmitglieder sein dürfen, sollen nicht ihre gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten besitzen. Die



"Generalstreik!" forderten die Arbeiter in allen Städten gegen die Atomaufrüstung! SPD-Leder demonstrierte mit unter dieser Losung — um wenige Jahre später als Kriegsminister selber über die Kriegsmaschine Bundeswehr zu befehlen!

14 Tage nach dem Blutsonntag treffen sich erneut Tausende Jugendliche in Essen. Unter dem Bild von Philipp Müller demonstrieren sie gegen die Remilitarisierung.

Gewerkschaftsführer sind es, die die Bundeswehr eine "demokratische Institution" nennen, dennoch sind gerade sie es, die am entschiedensten gegen die Aufnahme Wehrpflichtiger in den DGB kämpfen. Warum wollen sie den Soldaten den gewerkschaftlichen Kampf vorenthalten, warum wagen sie nicht die Probe aufs Exempel, wieviel Demokratie die Bundeswehr trägt? Sie haben wohl Angst, daß sich ihre schönfärberischen Reden, in denen sie Demokratie und Bundeswehr in einen Topf werfen, als blankes, gefährliches Geschwätz entlarven.

Doch ist das natürlich nicht der einzige Grund. Die rechten Gewerkschaftsführer waren schon immer die willfährigsten Gefolgsleute der anderen Seite; Sie wollen Sozialpartnerschaft, Unruhe vermeiden, der Unternehmer Argumente überdenken, das Wachstum nicht gefährden, das große Ganze nicht aus den Augen lassen und - ihren Posten nicht verlieren. Und Unruhe und gefährdete Pöstchen gäbe es zweifelsohne, wären Soldaten gewerkschaftlich organisiert.

Überall dort, wo Arbeiter tagtäglich in die Disziplin zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Produktion in den Betrieben zwangsorganisiert werden, gibt es auch noch eine gänzlich andere Organisation, die Organisation der **Gegenmacht**, nämlich die Gewerkschaften. Dort, wo aus dem täglichen Schweiß von Millionen Milliardenprofite gemacht werden, haben sich die Arbeiter im jahrzehntelangen, opferreichen Kampf Rechte erkämpft, die vor totaler Willkür schützen und das Ende der Ausbeuterherrschaft beschleunigen. Solcherlei gibt es bei der Bundeswehr nicht, nur uniformierte Arbeiter, gezwungen, für die schlechte Seite auf die gute Sache zu feuern - angeblich, um die "Freiheit" zu verteidigen.

Der Kampf gegen den Krieg ist heute auch der Kampf gegen die Reaktion und die faschistische Gefahr. Wer nicht gegen den Faschismus und seine Vorbereitungsstadien angeht, kann nicht wirklich gegen die Kriegsgefahr kämpfen. Faschismus und Krieg sind ein direkter Zusammenhang.



## Soldaten, dreht die Gewehre um!

Die Soldaten werden und können sich im Klassenkrieg nicht neutral verhalten. Sie stehen in vorderster Front und können nur entscheiden, in welche Richtung sie feuern, schießen aber müssen sie! Für sie kann es kein Schwanken und Zaudern zwischen den Fronten geben, hier gilt nur, "ja" oder "nein", "richtig" oder "falsch", "tot" oder "lebendig". Deshalb kann uns nicht egal sein, welcher Geist bzw. Ungeist in der Armee des Klassenfeindes herrscht.

Skandale, wie das Absingen faschistischer Lieder, die "symbolische Judenverbrennung" in Neubiberg, Kranzniederlegungen bei Treffen der HIAG und das Auftreten höchster Militärs, wie jüngst des Generalmajors Greipl (Kommandeur der 1.Gebirgs-Division) in voller Uniform auf solchen Treffen, mehrten sich ständig. Wo Soldaten aber demokratische und antifaschistische Gesinnung zeigen, werden sie verfolgt und bestraft. So drei Soldaten, die in Uniform an der Regensburger 1.Mai-Kundgebung 1977 teilnahmen, der Gefreite Anselm Conrad wegen einer Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Dachau und viele viele andere.

Wo waren denn da die doch sonst immer so um "unseren" Staat und "unsere" Demokratie besorgten Vetter? Diese antimilitaristischen Soldaten brauchen unsere Solidarität fortschrittlicher Gewerkschafter. Solche Soldaten müssen aktive Gewerkschafter sein oder zumindest werden können. Der herrschende Geist in der Bundeswehr hat unmittelbare Bedeutung für die Arbeiterklasse und deren Kämpfe. Es ist eben keine linke Propaganda, daß die Armee auch und gerade im Innern der imperialistischen Länder eingesetzt wird, um Streiks, Aufstände etc. zusammenzuschießen, sondern die Tradition der Einsätze gegen die Arbeiterklasse durch das Militär reicht solange zurück, solange es überhaupt Arbeiterklasse und ein kapitalistisches Militär gibt. Soldaten, die in derselben Gewerkschaft organisiert sind wie die Arbeiter, werden sich nicht so einfach gegen ihre Kollegen einsetzen lassen.

## Arbeiter und Soldaten, gemeinsam sind wir stark!

"Sorgenvolle Gewerkschaftsführer" wissen, daß es mit kämpfenden Soldaten Zunder

und Sprengstoff gibt - auch in den Reihen der Nichtsoldaten. Probleme beim Bund mit Kantinenpreisen und den ständigen großen und kleinen Schikanen würden plötzlich auch in anderen Gremien unter den Kollegen debattiert. Notstandsübungen der Bundeswehr würden in verstärktem Maße bekannt und Gewerkschafter gingen dagegen vor. Auch der Einsatz im Innern wird so gefährdet, da muß man sich ja Gedanken machen! Geht es nach den Herren Vetter & Co., sollen also weiterhin die Soldaten im eigenen Saft schmoren, im großen Kessel der Militaristen, befeuert mit reaktionärem Gedankengut, unter Zufächerung von frischem Wind aus dem großen Blasebalg der Faschisten.

Es gibt Beispiele, auch solche neueren Datums, wo z.B. gewerkschaftlich organisierte Polizisten sich weigerten, gegen Gewerkschaftsdemonstrationen und -kollegen vorzugehen, wie am 17.6. 79 in Frankfurt, wo folgendes Polizeifunkgespräch mitgeschnitten wurde: "Frank XY - bitte kommen! Ja, also die Demonstrationsspitze kommt direkt auf uns zu. Was solle mer mache? - *Auflösen, sofort auflösen!* - *Awwer*, de marschiere einfach weidär, de komme immer näher. - *Sofort auflösen!* - *Awwer* des sin doch unser Kollege von de ÖTV, de könne mer doch net ufflöse! - *Scheißgewerkschaft, auflösen.* - Ne, des mache mer net. Frank XY mer mache jetzt de Weg frei. Ende."

Sicher, die bloße gewerkschaftliche Organisation von Soldaten schafft noch nicht die Zerschlagung der imperialistischen Armee, aber sie ist ein Weg dorthin, die Armee zu paralysieren, zu lähmen, unfähig für den Einsatz gegen die Arbeiterklasse zu machen und die Arbeiter in Uniform auf den Weg der Arbeiterklasse zu führen. Auf dem Weg zur proletarischen Revolution ist es von lebenswichtiger Bedeutung, was die Soldaten tun werden.

Die Opfer, die der Sturm auf die deutsche Bastille und das deutsche Winterpalais fordern wird, werden umso geringer, wieviele Klassenbrüder in der Armee die Waffe für die Arbeiterklasse führen.

**Wir fordern, daß jeder Soldat aktives Gewerkschaftsmitglied mit allen Rechten und Pflichten sein kann, daß er für seine materiellen und gesamtgesellschaftlichen Interessen kämpfen kann!**

# Die DDR ein Bundesland wie Bayern?

Mit dem Grundlagenvertrag machte die Bundesregierung nur insofern ein Zugeständnis, als sie sich überhaupt mit der DDR an einen Tisch setzte und einen Vertrag unterzeichnete. Gleichzeitig aber wurde die geforderte völkerrechtliche Anerkennung, die Anerkennung als gleichberechtigter und souveräner Staat geschickt umgangen:

1. Von völkerrechtlicher Anerkennung ist im ganzen Grundvertrag nicht die Rede. Die Bundesregierung selbst betont – an die Adresse der Ultrarechten – stets, dieser Forderung nicht nachgegeben zu haben, sondern lediglich die "Existenz zweier deutscher Staaten" (eine in der Tat auch schwer zu übersehende Tatsache) anerkannt zu haben. Sie habe damit "keine Rechtsposition" – und damit ist im Klartext der Alleinvertretungsanspruch Bonns gemeint – "aufgegeben". So ist es auch in der Tat in dem Vertrag festgehalten, daß früher abgeschlossenen Abkommen wie die Pariser Verträge, die die Annexion der DDR und ihre Einverleibung in EG und NATO vorsehen, davon nicht berührt werden.

2. Eine Unmenge juristischer und diplomatischer Klauseln in dem Abkommen soll die "besonderen innerdeutschen Beziehungen" abgrenzen von normalen Beziehungen zwischen souveränen Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts.

● Zum Beispiel durch den Austausch von "ständigen Vertretern" anstelle ordentlicher Botschafter

● Zum Beispiel durch den Vorbehalt "friedlicher und einvernehmlicher Grenzveränderungen" durch die deutschen Imperialisten (was ja schon einmal beim "Anschluß Österreichs" praktiziert wurde)

● Zum Beispiel dadurch, daß der DDR volle Souveränität bei der Kontrolle über die sogenannten Transitwege abgesprochen wird

● Und nicht zuletzt dadurch, daß der Grundvertrag die Frage der Staatsbürgerschaft der DDR "offenläßt" und sich Bonn bis heute weigert, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen. Eine saubere Anerkennung der DDR!



## Mit Bajonetten gegen Bürger!

Westberliner Polizeieinheiten und schwerbewaffnete Soldaten der US-Armee proben den Bürgerkrieg in Westberlin, mitten im Territorium der DDR! Mit gefällten Bajonetten gingen sie gegen "Demonstranten" und "protestierende Arbeiter und Jugendliche" vor. Mit von der Partie auf "vorgeschobenen Posten": Hubschrauberstaffel, US-Panzer, Wasserwerfer, Kampfgas.

3. Die in Westdeutschland gültige, auch von der SPD-Regierung anerkannte Interpretation des Grundvertrages ist das revanchistische Karlsruher Urteil, in der die Staatsgrenze zwischen der BRD und der DDR mit den Ländergrenzen zwischen Bayern und Baden-Württemberg gleichgesetzt werden.

# Nie wieder Krieg!

## Was heißt das heute für uns?

Nie wieder Krieg - unter dieser Parole kämpften und kämpfen Millionen Arbeiter, Bauern und fortschrittliche Intellektuelle in Deutschland gegen Kriegsgefahr und Militarismus. Und schon immer haben sich in diesem Friedenskampf sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter die Bruderhand gegeben!

Doch auch strittige Fragen tauchen auf:

Wie müssen wir für den Frieden kämpfen? Was bringt uns die Forderung nach Entwaffnung - heute bekannt als Forderung nach "allgemeiner Abrüstung" und "Stoppt das Wettrüsten"? Kann man den Frieden sichern, ohne den Imperialismus anzugreifen?

Konkrete Einschätzungen stehen zur Debatte:

Was bringen uns Konferenzen wie Helsinki, KSZE? Was bedeutet Salt I und II? Ist der deutsche Imperialismus friedlicher geworden? Gibt es noch eine Kriegsgefahr? Was ändert sich durch die Atombombe?

Auf all diese Fragen geht folgender Artikel ein, der im KAZ-Extrablatt zur Demonstration des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit im Mai 78 abgedruckt war. Es ist ein Brief an einen Arbeiter, der in der DKP Mitglied ist - von Genosse zu Genosse. Aber auch jedem Gewerkschafter, der heute nicht mit "Kommunist" angedredet werden will, kann dieser Brief Antwort auf seine Fragen geben!

Lieber Genosse,

gestern abend sind wir nicht zum ersten Mal ziemlich aneinandergeraten. Über "Abrüstung und Entspannung" ist es gegangen und am Ende hat keiner mehr zugehört und nur noch geschimpft. Nun ist Abrüstung und Entspannung kein Thema, wo man mit Geschimpfe weiterkommt. Deswegen schreibe ich Dir hier noch einmal meine Argumente.

Dabei will ich hauptsächlich auf vier Fragen eingehen:

Wer ist für Abrüstung und Entspannung und wer ist dagegen? Welche Bedeutung hat der Kampf um Abrüstung und Entspannung für den gesamten Kampf der Arbeiterklasse? Was ist bisher tatsächlich erreicht worden? Welche Aufgaben haben die Kommunisten im Kampf für den Frieden?

### Krupp und Krause - Krieg und Frieden

Die erste Frage ist eigentlich eine ganz einfache Frage: Wer ist für Abrüstung und Entspannung und wer ist dagegen?

Die Krupps sind gegen Abrüstung und Entspannung und für den Krieg, daran verdienen sie nämlich. Die Krauses, Du und ich, sind gegen die Rüstung, gegen den Krieg, weil wir dabei nur verlieren.

Die Krupps sind nicht deswegen für den Krieg,

weil sie so besonders kriegerischen oder mutigen Charakter hätten. Ihre Einstellung wie die der anderen Monopolherren ergibt sich aus dem Charakter des imperialistischen Systems als ganzem:

**"Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar"**, sagt Lenin (Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa).

Was heißt das?

Das heißt doch, daß haargenau dieselben Ursachen, die uns zwingen, tagtäglich unsere Arbeitskraft zu verkaufen, tagtäglich uns ausbeuten zu lassen, daß genau dieselben Ursachen, die für Lohnsenkung, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Krise verantwortlich sind, auch für die Entstehung der imperialistischen Kriege verantwortlich sind: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln nämlich, die Herrschaft des Profitsystems, die Herrschaft des Finanzkapitals. Das heißt doch weiter, daß wenn wir die Ursache für Arbeitslosigkeit, Krise und Krieg ein für allemal beseitigen wollen, dann müssen wir den Imperialismus beseitigen. Deswegen hat Lenin ja auch gesagt, daß wir Marxisten uns von den bürgerlichen Friedensfreunden und Friedenspredigern unterscheiden

„durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Inneren eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen.“ (Lenin: Sozialismus und Krieg, Wk Bd.21)

Imperialismus heißt Krise, Lohnraub und Krieg, Sozialismus heißt Frieden — das ist die Klassenfrage, um die es geht

### **Die Krupps sind zum Krieg gezwungen, nicht zum Frieden!**

Warum ich Dir hier das ABC des Marxismus nocheinmal vorbuchstabiere, willst Du wissen?

Weil Deine Partei dieses ABC offensichtlich vergessen hat, Wie könnte sie sonst zu solchen Schlußfolgerungen kommen (die in dem Buch Imperialismus der BRD hen, das ja immerhin den Rang eines theoretischen Dokumentes hat):

*„Die furchtbarsten Formen der imperialistischen Konkurrenz und der schlimmste Grad der kapitalistischen Anarchie, die direkten militärischen Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Großmächten, die früher die letzte Konsequenz der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung und des Kampfes um die Neuverteilung von Einflusssphären waren und Millionen Todesopfer vom Volk forderten, sind heutzutage unwahrscheinlich geworden. Die imperialistischen Staaten sind gezwungen, für die Austragung ihrer Widersprüche und Konflikte andere Wege zu suchen, wenn sie nicht die Existenz des gesamten imperialistischen Systems gefährden wollen.“*

(a.a.O. S.418)

Es geht an dieser Stelle gar nicht um die Frage, ob der Imperialismus sich traut, eines oder

mehrere sozialistische Länder zu überfallen und ob ihn die Stärke dieser Länder daran hindern kann. Es geht um die Möglichkeit eines Krieges zwischen imperialistischen Mächten, es geht darum, ob die imperialistische Ökonomie sich heute so verändert hat, daß der Imperialismus sozusagen von selber friedliebender geworden wäre. Und da wird nun behauptet, daß die Imperialisten heute von selber einen Krieg vermeiden, weil sie sonst die Existenz des gesamten imperialistischen Systems gefährden würden. Nur besteht das „gesamte imperialistische System“ eben gerade darin, daß der Stärkere den Schwächeren zusammenhaut und versucht, die Welt zu seinen Gunsten neu aufzuteilen, besteht darin, wie Lenin sagt:

**„Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.“** (Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa)



Heute würde das alles nicht mehr stimmen, weil es ein starkes sozialistisches Lager gibt, behaupten die Theoretiker Deiner Partei. Nur, Genosse — Lenin hat nie gesagt, daß die Ursache der imperialistischen Kriege die Schwäche des sozialistischen Lagers ist und daß diese Ursache in dem Augenblick wegfällt, wo es ein starkes sozialistisches Lager gibt. Lenin hat gesagt, daß die Ursache der imperialistischen Kriege das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Und deswegen sind heute imperialistische Kriege ebenso "wahrscheinlich" wie 1914 oder 1939 sind so lange "wahrscheinlich", wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln existiert. "Aber", wirst Du jetzt sagen, "stimmt es etwa nicht, daß die Möglichkeiten zur Verhinderung imperialistischer Kriege heute viel größer sind als früher, weil die Friedenskräfte heute viel stärker sind als früher?"

Ja, das stimmt. Ob es dem Imperialismus gelingt, einen Krieg zu entfesseln, ist nicht seine Entscheidung allein, sondern das hängt ab auch von der Wachsamkeit und Aktivität der Kräfte, die gegen den Krieg und für den Frieden kämpfen, in erster Linie von der Arbeiterklasse. Nur läuft es bei der Theorie Deiner Partei, der DKP, darauf hinaus, daß der Imperialismus von selber heute keinen imperialistischen Krieg mehr anfängt. Das ist falsch und gefährlich.

Das heißt doch nichts anderes, als den Friedenskräften sagen: "Ihr könnt ruhig in Eurer Wachsamkeit und Aktivität nachlassen, die Gefahr eines imperialistischen Krieges ist heute unwahrscheinlich. Warum soviel Kraft in etwas stecken, was ohnehin unwahrscheinlich ist." Nein, Genosse, so stärkt man die Friedenskräfte nicht, so schwächt man sie, weil man ihnen die Klarheit über den Charakter des Imperialismus nimmt und ihn beschönigt.

## Imperialismus zu schwach für Kriege?

Ein anderes Argument, das Du mir oft gebracht hast: "Der Imperialismus ist heute doch so schwach, daß er es gar nicht mehr schafft, einen Krieg anzufangen." So z.B. Breschnew 1969 in Moskau:

*"Obwohl der Imperialismus als Weltsystem nicht stärker geworden ist, bleibt er ein ernster und gefährlicher Gegner."* (zitiert nach Imperialismus der BRD S.110)

"Obwohl" — nein, umgekehrt: gerade weil der Imperialismus immer schwächer wird,

wird er noch aggressiver. Auch das ist eine Aussage, mit der Deine Partei die Aktivität und Wachsamkeit der Friedenskräfte abstumpft. Erwinnere Dich, was Suslow völlig richtig im November 1949 auf der Beratung des Kominformbüros gesagt hat:

**"Die historische Erfahrung lehrt, daß die imperialistische Reaktion umso mehr tobt, daß von ihr umso eher Kriegsabenteuer zu befürchten sind, je hoffungsloser ihre Lage wird."**

Auf die simple Frage "Wer ist für Abrüstung und Entspannung und wer ist dagegen?" gibt Deine Partei eine falsche und gefährliche Antwort. So heißt es in der These 26 des Düsseldorf-Parteitag:

*"Während Teile der westdeutschen Großbourgeoisie, vornehmlich die Vertreter der Rüstungsmonopole, an ihrer aggressiven Politik der Stärke festhalten wollen, gelangten andere Teile zu einer mehr realistischen Beurteilung der Situation."*

Wieviele der tonangebenden Monopole in unserem Land sind eigentlich keine "Rüstungsmonopole"? Wieviele verdienen denn nicht direkt oder indirekt am Kriegsgeschäft, Siemens, Krupp, IG-Farben-Nachfolger — zeig' mir doch mal die, die für den Frieden produzieren. Tatsache ist doch, daß die gesamte Wirtschaft unseres Landes militarisiert ist. Die Unterscheidung zwischen "Rüstungsmonopolen" und "realistischen Kräften" ist deshalb hier und heute witzlos.

Deshalb heißt das, was in der These 26 steht, im Klartext nichts anderes als: Abrüstung, Entspannung und Frieden müssen nicht gegen den Imperialismus erkämpft werden, sondern sie können mit ihm zusammen erreicht werden, er selber ist ja dafür. (Mit solchen Behauptungen steht Deine Partei im übrigen nicht alleine. So steht in "Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr.11/76 S.1526: *"Die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen fordert demnach den Friedenskampf, verstärkt die Kontakte zwischen den Völkern und erhöht die materielle Interessiertheit eines Teils der Bourgeoisie an Frieden und Zusammenarbeit."*)

Kommen wir zur zweiten Hauptfrage:

**Welche Bedeutung hat der Kampf für Frieden und Entspannung für den gesamten Kampf der Arbeiterklasse?**

Von Deiner Partei wird oft gesagt und geschrieben, Entspannung und Abrüstung wäre "das Schlüsselproblem" unserer Zeit. Und das wird nicht nur in Form theoretischer Erwägungen vorgebracht, sondern damit wird praktische Politik betrieben: Du kennst die zahlreichen Anträge der Sowjetunion in der UNO, die auf die allgemeine Abrüstung zielen, um nur ein Beispiel zu nennen.

### **Ist Lenin seit Helsinki veraltet?**

Eigentlich hat Lenin schon alles gesagt, was zur Forderung nach allgemeiner Abrüstung im Zeitalter des Imperialismus zu sagen ist. In seiner Schrift "Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" setzt er sich mit dieser Forderung auseinander (die damals nicht "allgemeine Abrüstung", sondern "Entwaffnung" lautete):

"Das grundlegende Argument besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entscheidendste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungshänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der großen imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden und wir erkennen den Krieg, den diese Bourgeoisie jetzt führt, für einen reaktionären, sklavenhalterischen, verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem Krieg gegen diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Krieg, der von dieser Bourgeoisie unterdrückt, von ihr abhängigen oder kolonialen Völkern für ihre Befreiung? (...) Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit erstens der revolutionären nationalen Aufstände und

Kriege, zweitens der Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens der Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen usw." (Lenin, WkBd.23 S.72 ff.)

### **Soll das vietnamesische Volk auch abrüsten?**

Abrüstung ist kein Allheilmittel. Sie ist für die Völker in den kolonialen und halbkolonialen Ländern schon gar kein "Schlüsselproblem". Für sie ist das Problem, solange der Imperialismus existiert, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Dazu müssen sie ihre Verteidigungskraft stärken und nicht abrüsten. Wir, Arbeiter in einem imperialistischen Land, müssen uns mit dem Befreiungskampf dieser Völker solidarisieren, und sicher willst Du ihnen nicht den Rat geben, sie sollten an der "allgemeinen Abrüstung" teilnehmen und ihre bewaffnete Kraft reduzieren, im Vertrauen darauf, daß der Imperialismus aufhören wird, sie anzugreifen und zu unterdrücken. Wie anders aber sollen viele, die politisch nicht so klar sehen, es verstehen, wenn ihr vor ihnen einfach "allgemeine Abrüstung" fordert?

So zu argumentieren, wie Deine Partei es hier tut, heißt doch wieder: den Imperialismus beschönigen, die Wachsamkeit untergraben und dem proletarischen Internationalismus entgegenarbeiten!

Nun wirst Du mir sagen, daß gerade in unserem Land, von dessen Boden schon zweimal ein Weltkrieg ausgegangen ist, der Kampf für Abrüstung und wirkliche Entspannung geführt werden muß.

### **Unsere Hauptaufgabe: Nicht Abrüstung und Entspannung, sondern Sturz des deutschen Imperialismus!**

Damit hast Du Recht. Es ist eine ungeheuer wichtige Aufgabe für uns, einen erfolgreichen Kampf gegen den besonders aggressiven deutschen Imperialismus und seine Aufrüstung, seine Kriegsvorbereitungen, sein Schüren internationaler Spannungen zu führen. Aber so wie es z.B. die Zeitung "Probleme des Friedens und des Sozialismus" (Nr.11/76 S.1529) schreibt, so verhält es sich wirklich nicht:

*"Fortschritte in der Entspannungspolitik und die Kürzung der Bewilligung für militärische Zwecke werden günstigere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse um soziale Reformen, um ökonomische und politische Zugeständnisse, für den Kampf um den Über-*

# „Allgemeine Abrüstung“?



Soll also auch das Volk Angolas, das sich die Unabhängigkeit von Portugal erkämpft hat, die Waffen ablegen – während sich die Imperialisten aller Welt, allen voran der deutsche Imperialismus schon dauernd in die inneren Angelegenheiten Angolas einmischen ?

Frauen in den befreiten Gebieten Zimbabwes: Sie haben die Verwaltung übernommen, während die Männer an der Front stehen. Sie legen den Grundstein für das zukünftige Leben Zimbabwes und sind deshalb für die neuen Betrugsmanöver der Rassisten und Imperialisten nicht empfänglich ...





Die Nicaraguaner, die sich mit Waffengewalt vom Somoza-Regime befreit haben – sollen sie endlich einmal den "ersten Schritt zur Abrüstung" tun – auch wenn Somoza bereits Putschversuche angekündigt hat?

Das vietnamesische Volk hat im jahrzehntelangen, opfervollen Kampf gegen den US-Imperialismus Unabhängigkeit und Freiheit für sich erkämpft. Erneut mußte es im Februar 1979 zu den Waffen greifen, diesmal um die Aggression chinesischer Truppen zu stoppen. Und jetzt läuft gerade auch bei uns wieder eine unglaubliche antivietnamesische Hetze, die zeigt, daß die Imperialisten Vietnam nicht in Frieden lassen wollen!

Wem nützt es also, wenn diese Völker abrüsten – dem Frieden oder den Imperialisten?



*gang zum Sozialismus schaffen. Daher ist der Kampf für Abrüstung, für militärische Entspannung die Hauptaufgabe aller Werktätigen...*"

Nein, Genosse, die Hauptaufgabe der Werktätigen in unserem Land ist der Sturz des deutschen Imperialismus.

Worauf läuft denn eine solche Auffassung von der Hauptaufgabe der Werktätigen hinaus?

Sie läuft darauf hinaus, daß man voraussetzt, daß die versklavten Völker ihre Freiheit automatisch vom Imperialismus erhalten, weil die Imperialisten keine Waffen mehr haben werden, um sie zu unterdrücken; während die werktätigen Menschen der kapitalistischen Länder die Macht auf friedlichem Weg in die Hände bekommen, weil die Bourgeoisie keine Waffen mehr haben wird, um ihre Herrschaft zu verteidigen. Daraus ergäbe sich die Schlußfolgerung, daß der Befreiungskampf der unterdrückten Völker sowie der revolutionäre Kampf der Werktätigen gegen den Kapitalismus nur zweitrangige Fragen wären, eben nicht die Hauptfrage, und von der Hauptfrage der Abrüstung und Entspannung abhängen würden. Eine solche Schlußfolgerung ist grundfalsch. Wo auf der Welt ist bisher die Befreiung durch Abrüstung und Entspannung erreicht worden? Überall ist sie durch den eigenen Kampf erreicht worden. Tatsächliche Abrüstung und tatsächliche Entspannung verbessern die Bedingungen für den Sturz des deutschen Imperialismus, sie verkürzen den Weg und verkleinern die Zahl der Opfer. Aber Abrüstung und Entspannung kann unsere Hauptaufgabe, den Sturz des deutschen Imperialismus, nicht lösen. Lenin hatte sehr recht, wenn er sagte:

**"Und der Hauptfehler der Forderung der Entwaffnung ist auch der, daß alle konkreten Fragen der Revolution dadurch umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art entwaffneter Revolution?"** (Lenin, WkD.23 S.80)

Kommen wir zur dritten Frage:

**Was ist bisher an wirklicher Entspannung und Abrüstung gegenüber dem deutschen Imperialismus erreicht worden?**

Bei dieser Frage sagst Du mir immer: Schau die Ostverträge an, schau Helsinki an! Gut schauen wir uns Helsinki einmal an. Tatsache ist, daß imperialistische Mächte wie die Bundesrepublik dort großartige Erklärungen über ihre friedlichen Absichten abgegeben haben.

Über friedliche Abkommen zwischen Imperialisten hat Lenin schon das Grundsätzliche gesagt:

**" 'Imperialistische' oder 'ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit und nicht in der banalen Spieserphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen 'Marxisten' Kautsky notwendigerweise nur 'Atempausen' zwischen Kriegen,— gleichviel in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nichtfriedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik."** (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

**Ein starkes sozialistisches Lager und schon keine Kriege mehr?**

Warum soll für Helsinki das nicht mehr gelten? "Weil die sozialistischen Länder mit am Tisch gesessen haben", antwortest Du mir. Ich will gar nicht mit Dir streiten, ob die Länder des Warschauer Pakts sozialistische sind oder nicht, denn darauf kommt es bei dieser Frage gar nicht so sehr an. Tatsache ist, daß die imperialistischen NATO-Länder ihre großartigen Absichtserklärungen ja nicht nur gegenüber den Ländern des Warschauer Pakts abgegeben haben, sondern auch gegenüber den jeweiligen NATO-Partnern. Und selbst wenn der deutsche Imperialismus aus irgendeinem Grund sich noch nicht stark genug fühlen sollte, gegen den Warschauer Pakt loszuschlagen, so kannst Du doch nicht leugnen, daß die Widersprüche im Rahmen der NATO und der EG gegenwärtig immer schärfer werden, die Gefahr einer "europäischen Einigung" unter westdeutscher Vorherrschaft sehr real und konkret ist und daß mindestens für diese Seite von Helsinki gilt: "Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor." Wie sehr Deine Partei die Leninsche Lehre über den Charakter des Imperialismus und die Ursachen der Spannungen im Imperialismus über Bord geworfen hat, das geht aus folgendem Zitat von Martha Buschmann hervor:

**"Und zum anderen hat die politische Ent-**

*spannung — so bedeutungsvoll sie für die Verbesserung des internationalen Klimas ist — nicht ganz (!!) die Ursachen beseitigen können, die Streitigkeiten zwischen verschiedenen Staaten hervorrufen. Diese ganz zu beseitigen, bedeutet den politischen Aspekt der Entspannung durch den militärischen zu ergänzen.“* (Marxistische Blätter 5/76 S.6)

Wenn ich Lenin richtig verstanden habe, dann ist die Ursache für Streitigkeiten zwischen verschiedenen Staaten die Existenz des Imperialismus. Und wenn ich Lenin weiter richtig verstanden habe, dann ist die Ursache allerdings nicht durch die politische Entspannung (teilweise) und die militärische (ganz) zu beseitigen, sondern nur durch den Sturz des Imperialismus! Aussagen wie diese von Martha Buschmann sind es, die für mich beweisen, daß die Führung Deiner Partei überhaupt nicht und zwar praktisch und theoretisch nicht, den Sturz des deutschen Imperialismus will und deshalb auch dem Kampf für Abrüstung und wirkliche Entspannung eine völlig falsche Orientierung gibt.

### **Die Absichtserklärungen von Helsinki und der KSZE...**

Bleiben wir bei Helsinki und der KSZE. Der deutsche Imperialismus hat dort feierlich Absichten unterschrieben wie er seine Beziehungen zu anderen Staaten regeln will. Zu diesen Absichten gehört z.B. die Absicht, die Unverletzlichkeit der Grenzen zu achten oder nicht mit Gewalt zu drohen oder Gewalt anzuwenden. Insgesamt sind es zehn Prinzipien. Bei Licht besehen sind es die alten, seit Jahrzehnten formulierten und unterschriebenen Prinzipien der UNO-Charta. Welcher Fortschritt soll das nun eigentlich sein, wenn der deutsche Imperialismus die Prinzipien der UNO-Charta, die er schon vor vielen Jahren einmal unterschrieben hat, in Helsinki noch einmal unterschreibt?

Glaubst Du ernsthaft, der deutsche Imperialismus wird sich umso eher an diese Prinzipien halten, je öfter und feierlicher er sie unterschreibt?

“Wenn es schon nicht viel nützt, dann schadet es wenigstens nicht“, wirst Du mir vielleicht sagen.

Ich meine: Doch, es hat sogar sehr viel geschadet.

Der deutsche Imperialismus hat schon zweimal einen Weltkrieg angefangen. Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus haben wir

alle gesagt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Du weißt selber, Genosse, was für einen hartnäckigen Kampf es hier gegen die Wiederaufrüstung gegeben hat. Mit den Ostverträgen und der SPD-geführten Regierung ist dann plötzlich ‘die große Wende’ gekommen. Plötzlich war davon die Rede, daß unsere Regierung den Ausgleich, die Versöhnung und den Frieden mit den Nachbarn im Osten will.

### **und was sie uns geschadet haben!**

Versöhnung und Ausgleich sind gute Dinge. Aber sie haben Voraussetzungen. Sie haben die Voraussetzung, daß zuerst einmal klar festgestellt wird, daß der deutsche Imperialismus der Schuldige am zweiten Weltkrieg ist und der Verlierer. Sie haben die Voraussetzung, daß der deutsche Imperialismus die gerechten Forderungen der Völker erfüllt: daß er die DDR völkerrechtlich anerkennt, daß er den Anspruch auf Einverleibung der DDR, wie er in den Pariser Verträgen niedergelegt ist, fallen läßt, daß er die Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an anerkennt, um nur einige zu nennen. Keine dieser Voraussetzungen ist erfüllt. Und trotzdem hat der deutsche Imperialismus die Ostverträge abschließen und sich an den Tisch von Helsinki setzen können. Das Ergebnis: Der deutsche Imperialismus ist wieder wer. Nicht mehr der Anstifter und Verlierer des zweiten Weltkriegs, sondern eine friedliche, versöhnungsbereite Macht. Die Ostverträge und Helsinki — das war sozusagen die politische Ehrenrettung der deutschen Kriegsbrandstifter gegenüber den Völkern. Damit sind nicht nur die Völker der Sowjetunion, der DDR und der osteuropäischen Völker um ihre gerechten Forderungen betrogen, die im Potsdamer Abkommen festgehalten sind. Damit sind auch wir Arbeiter und Werktätige in Westdeutschland betrogen: unter dem Deckmantel der “Friedenspolitik“ ist die Bundeswehr in einem Ausmaß aufgerüstet worden, wie Adenauer es nicht geschafft hat.

Und was die Versöhnung angeht, so hat man die billig gekriegt: ebensowenig wie der deutsche Imperialismus eingestehen mußte, daß er schuld ist am zweiten Weltkrieg, ebensowenig mußte die Arbeiterklasse in unserem Land sich eingestehen, daß sie zu schwach gewesen ist, um den deutschen Imperialismus daran zu hindern. Aber erst, wenn in unserer Klasse über diese Schwäche Klarheit geschaffen worden ist, wenn Klarheit geschaffen wor-

den ist über die Ursache dieser Schwäche, erst dann sind die Voraussetzungen da, die deutschen Kanonenkönige zu hindern, uns ein drittes Mal aufs Schlachtfeld zu treiben. Deswegen, Genosse, meine ich, daß die Ostverträge und Helsinki nichts genutzt, aber viel geschadet haben. Und deswegen meine ich, daß die Unterstützung dieser Politik, wie Deine Partei sie betreibt, in eine Richtung führt, von der Stalin einmal gesagt hat:

**“Und das wichtigste bei all dem ist, daß die Sozialdemokratie der Hauptschrittmacher des imperialistischen Pazifismus in der Arbeiterklasse ist — daß sie folglich bei der Vorbereitung neuer Kriege und Interventionen die Hauptstütze des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterklasse ist.”**

(Stalin, WkD.11 “Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)).

### **Was haben die Kommunisten heute im Kampf um den Frieden für Aufgaben?**

Kommen wir zur letzten Frage:

Was haben die Kommunisten heute im Kampf für den Frieden für Aufgaben? Du hast mir oft vorgeworfen, ich würde die Kriegsgefahr überschätzen, ich wäre ein Panikmacher, der die Kraft der Arbeiterklasse im Friedenskampf unterschätzt. Ich meine, daß die Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden umso stärker ist, je klarer sie sieht, mit welchem Gegner sie es zu tun hat. Die Aufgabe der Kommunisten ist es deshalb, für diese Klarheit zu sorgen und auf Grundlage dieser Klarheit für eine kämpferische Aktionsgemeinschaft gegen die deutschen imperialistischen Kriegstreiber sich einzusetzen.

### **Was ist von der Erklärung “Beendet das Wettrüsten” zu halten?**

Das klingt recht allgemein und einfach. In der Tat tut Deine Partei aber nichts für diese Klarheit, sie arbeitet ihr sogar entgegen.

Ich habe dazu schon eine Reihe von Argumenten gebracht. Denen will ich hinzufügen: Nimm die Erklärung “Beendet das Wettrüsten!”, die Deine Partei ja unterstützt. Durch die ganze Erklärung zieht sich, unausgesprochen, der Gedanke: Wenn der Warschauer Pakt schon abrüstet, dann kann schließlich “der Westen”, die Bundesrepublik, auch abrüsten. Dieser Gedanke ist sehr gefährlich. Denn umgekehrt heißt das doch: Wenn der Warschauer Pakt nicht abrüstet, dann braucht

auch die Bundesrepublik nicht abzürüsten, denn sie muß sich ja schließlich verteidigen. Und damit ist man schnurstracks bei der imperialistischen Vaterlandsverteidigung gelandet. Du wirst mir entgegenhalten, in dem Bündnis, das diese Erklärung rausgibt, seien eben die Kräfte mit diesen Anschauungen sehr stark. Das mag ja sein. Trotzdem habe ich bisher nirgendwo gehört oder gelesen, daß Deine Partei gegen diese Gedanken einen ideologischen Kampf, eine Diskussion führt. Tatsächlich erwarte ich von einem Kommunisten doch, daß er klarlegt: Ganz egal, was der Warschauer Pakt tat, ganz egal, was England, Frankreich oder sonst irgendein Land tut — in der Bundesrepublik muß auf jeden Fall abgerüstet werden. Denn die Rüstung der Bundesrepublik ist die Rüstung eines imperialistischen, eines besonders aggressiven imperialistischen Landes und die hat noch nie und wird auch in Zukunft nie der Verteidigung, sondern immer nur dem Angriff, immer nur dem Raub und der Unterdrückung dienen!

### **Zerstört die Atombombe auch die Gesetze der Klassengesellschaft?**

Oder nehmen wir die Einstellung Deiner Partei zur Atombombe. 1963 hat das ZK der KPdSU einen offenen Brief geschrieben. Dem, was da drin steht, hat Deine Partei bisher nicht widersprochen:

*“Wir schätzen auch die grundlegenden qualitativen Veränderungen der Mittel der Kriegsführung nüchtern ein und somit auch die möglichen Folgen eines solchen Krieges. Die Entwicklung von Raketen und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültige Vorstellung vom Krieg verändert. (...) weil die Atombombe sich nicht an das Klassenprinzip hält — sie vernichtet alle, die in den Bereich ihrer Zerstörungskraft geraten.”* (Zit.nach Polemik über die Generallinie der Internat.Kommunistischen Bewegung, Oberbaum S.605 ff.)

Niemand wird und kann das Grauen von Hiroshima und Nagasaki ungeschehen machen. Aber Vietnam ließ sich durch die Drohung mit Atombomben nicht einschüchtern und verurteilt dagegen nicht gerade die KPdSU-Aussagen von der Atomwaffe die Völker, die die Atomwaffe nicht besitzen, zur Untätigkeit? Würde das nicht heißen, sie müßten sich alles gefallen lassen, dürften nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, weil sie die Atombombe nicht besitzen? Die Atombombe ist eine furchtbare Waffe und wir müs-

sen mit aller Kraft für ihre Abschaffung kämpfen. Daß es die Atombombe gibt, hat allerdings nicht die Gesetze der menschlichen Gesellschaft "qualitativ" verändert. Noch immer ist es so, daß in einem Krieg über Sieg oder Niederlage letztlich nicht entscheidet, wer die moderneren Waffen besitzt, sondern entscheidend ist, wer die gerechten Ziele verfolgt. Nur deswegen ist es schließlich ja auch möglich gewesen, daß ein kleines schwaches Land wie Vietnam das starke und mit einer gewaltigen Kriegsmaschinerie ausgerüstete USA besiegen konnte!

Was wir der Arbeiterklasse und den Werktätigen deshalb sagen müssen, ist dies: Da der Imperialismus und das System der Ausbeutung besteht und die Quelle des Krieges ist, kann niemand garantieren, daß Imperialisten und Reaktionen nicht einen Aggressionskrieg gegen die unterdrückten Nationen und Massen und Kriege gegen ihr eigenes Volk beginnen. Andererseits kann auch niemand die erwarten, aber noch unterdrückten Völker und Massen daran hindern, sich in einem revolutionären Krieg zu erheben und einen wichtigen Beitrag nicht nur zu ihrer eigenen Befreiung, sondern auch zur Erhaltung des Friedens dadurch zu leisten, daß sie den Imperialismus angreifen.

Die Moskauer Erklärung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 unterstreicht deshalb mit Recht, daß die Kommunisten weder die Unterschätzung der Möglichkeiten der Verhinderung eines Weltkrieges noch die Unterschätzung der Kriegsgefahr unterschätzen dürfen. Nur der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Ursachen der verschiedenen Kriege endgültig beseitigen.

Mit solidarischem Gruß

## Bert Brecht über Krieg und Frieden

Der Krieg, der kommen wird  
Ist nicht der erste. Vor ihm  
Waren andere Kriege.  
Als der letzte vorbei war  
Gab es Sieger und Besiegte.  
Bei den Besiegten das niedere Volk  
Hungerte. Bei den Siegern  
Hungerte das niedere Volk auch.

Wenn es zum Marschieren kommt,  
Wissen viele nicht  
Das ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.  
Die Stimme, die sie kommandiert  
Ist die Stimme ihres Feindes.  
Der da vom Feind spricht  
Ist selber der Feind.

General, dein Tank ist ein starker Wagen.  
Er bricht einen Wald nieder und zermalmt  
Hundert Menschen  
Aber er hat einen Fehler:  
Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bombenflugzeug ist stark.  
Es fliegt schneller als ein Sturm und trägt  
Mehr als ein Elefant.  
Aber es hat einen Fehler:  
Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar.  
Er kann fliegen und er kann töten.  
Aber er hat einen Fehler:  
Er kann denken.

Wenn die Oberen vom Frieden reden  
Weiß das gemeine Volk  
Daß es Krieg gibt.

Die Oberen  
Haben sich in einem Zimmer versammelt.  
Mann auf der Straße  
Laß alle Hoffnung fahren.

Die Regierungen  
Schreiben Nichtangriffspakte.  
Kleiner Mann  
Schreibe dein Testament.

Die Arbeiter schreien nach Brot.  
Die Kaufleute schreien nach Märkten.  
Der Arbeitslose hat gehungert. Nun  
Hungert der Arbeitende.  
Die Hände, die im Schoße lagen, rühren sich  
wieder: Sie drehen Granaten.

Die Oberen sagen: Friede und Krieg  
Sind aus verschiedenem Stoff.  
Aber ihr Friede und ihr Krieg  
Sind wie Wind und Sturm.

Der Krieg wächst aus ihrem Frieden  
Wie der Sohn aus der Mutter  
Er trägt  
Ihre schrecklichen Züge.

Ihr Krieg tötet  
Was ihr Friede  
Übriggelassen hat.

# In der Armee für den Frieden kämpfen!

## 20 Ratschläge zur praktischen Anwendung

Nicht verweigern, sondern in der Armee für den Frieden kämpfen, das ist die Losung aller konsequenten Antimilitaristen.

Die nachstehenden Richtlinien sollen eine Hilfe sein für all diejenigen, die zum Bund kommen. Diese "Checkliste" ist aufgrund der Erfahrungen von Freunden und Genossen entstanden, diese Punkte können von jedem engagierten Kämpfer in der Armee beliebig durch die praktische antimilitaristische Arbeit in der Kaserne erweitert werden. Jeder, der Augen zum Sehen, Ohren zum Hören und eine Nase hat, um die Klassenwidersprüche zu erkennen und aufzuspüren, wird auch die "kleinen Vorkommnisse" den Kameraden aufzeigen. Er wird immer mehr die Bundeswehr entlarven und dies anschaulich durch die eigenen Erfahrungen an jeden in und außerhalb der Kaserne weitergeben.

1. Versehe Deinen Dienst einigermaßen korrekt und sei ein guter Soldat, laß Dir das Schießen nur gut beibringen. Du wirst es einmal brauchen. Sei aber ja kein besserer Soldat (was die Disziplin anbetrifft) als die Kameraden. Schleimscheißer sind bei ihnen unten durch.  
2. Laß Dich zum Vertrauensmann aufstellen und von den Kameraden wählen. Du kämpfst für die Interessen Deiner Kameraden konsequent. Außerdem hast Du mehr Kontakt zu Deinen Kameraden und bekommst eher Ver-

bindung zu anderen Einheiten.

3. Gehe auf sämtliche gewerkschaftliche und antifaschistische Demonstrationen in Uniform. Am besten geeignet sind: 1. Mai, Antikriegstag, Kranzniederlegung bei Widerstandskämpfern, Jugendarbeitslosigkeits- und Abrüstungsdemonstrationen.
4. Versuche Dein Wissen und Deine Erfahrungen beim Bund an die Öffentlichkeit zu bringen, wann immer dies möglich ist. Schreibe Arti-



Man sollte seinen Vorgesetzten immer



die ihnen zurück-  
wende Achtung  
erweisen!



Achtung -  
Herr Hauptmann!

kel für die Gewerkschaftszeitungen und die gesamte revolutionäre Presse (z.B. an die Kommunistische Arbeiterzeitung oder an die Kämpfende Jugend). Die Arbeiterpresse ist dankbar für lebendige Berichterstattung, die Genossen brauchen Beispiele für die Agitation und manchem Leser geht ein Licht auf!

5. Halte immer Kontakt zur Organisation und den Genossen, rede mit ihnen über Deine antimilitaristische Arbeit und was in der Kaserne passiert, viele Dinge fallen einem, der tagtäglich im Bundeswehrtrott steckt, schon nicht mehr auf. (So wurde bei uns ein Genosse für 3 Wochen zur Disziplinierung in den Bau gesteckt und wir fanden dies schon so "normal", daß wir darüber nirgendwo berichteten.) Halte immer Kontakt zu den Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft.

6. Arbeite nicht kasernenborniert, bringe den Kameraden die Gewerkschaftszeitung, die KJ und die KAZ in die Kaserne. Ein gutes Beispiel sind die Soldaten, die beim Druckerstreik Solidaritätsadressen an die Streikenden geschrieben haben.

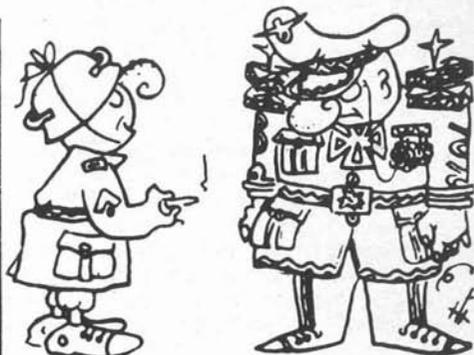
7. Sehr gut und wichtig ist auch der Vertrieb von antifaschistischer und proletarischer Literatur. Die Kameraden lesen auf der Wache oder sonst, wenn sie nur so rumhängen sollen, gerne mal einen Arbeiterroman. Arbeite mit antimilitaristischen Material: VVN-Material und Wallraff-Bücher kommen auch sehr gut an.

8. Auch die wenigen demokratischen Rechte mußt Du kennen; besorge Dir den Erlaß erzieherischer Maßnahmen, Soldatengesetz, Wehrdisziplinarordnung und Kantinenverordnung.

9. Man kann auch mal was ans Schwarze Brett hängen oder im Kantinenscheißhaus oder Wachlokal was vergessen.

10. Diskutiere im Unterricht offensiv, aber so, daß Dich die Kameraden auch verstehen. Du brauchst nicht versuchen, den Kompaniechef zu überzeugen, sondern Du sollst den Kameraden aufzeigen, wie sie mit der reaktionären Ideologie fertig werden. Der dümmste Kompaniechef ist derjenige, der Dir im Unterricht den Mund verbietet.

11. Sei frech zu den Vorgesetzten, den Kameraden gefällt es, sie bekommen leichter Ver-



"Würden Herr General bitte meine Zigarette halten - ich möchte Herrn General eine besonders zackige Ehrenbezeugung machen!"

trauen zu Dir und werden auch bald frech sein.

12. Sei immer offensiv. Eine Woche Bau ist Ehrensache, sie schadet Dir bestimmt nicht und Klassenhaß und -wut sind der beste antimilitaristische Ratgeber. Feige Antimilitaristen sind bei den Kameraden nur lächerlich.

13. Organisiere kollektive Disziplinbrüche. Unsere Kompanie hat z.B. in Hammelburg bei einer Häuserkampfübung geschlossen den Befehl "Kampf und Säuberung von Stockwerk zu Stockwerk" verweigert. Alle Patronen im MG liegen still, wenn der Finger am Abzug es so will! Die Offiziere konnten bloß noch dämlich rumstehen, ein bißchen brüllen und ansonsten den MAD verständigen. Den Kameraden hat's Spaß gemacht und sie konnten ihre Kampfstärke erkennen, wenn sie gemeinsam handeln.

14. Hilf den Kameraden beim Beschwerdeschreiben und organisiere gemeinsame Beschwerden. Dies ist zwar natürlich verboten, aber sehr wirkungsvoll. Gehe davon aus, daß die meisten Vorgesetzten Dreck am Stecken haben. Beobachte sie! Merke Dir, wann, wo und auf welche Weise sie gegen Vorschriften verstoßen. Nütze dieses Wissen!

15. Drücke Dich nicht vom Stuben- und Revierreinigen und wirke auf die Reservisten ein, daß sie die Rekruten nicht als "Bettes", "Krummfinger" oder "Rotärsche" beschimpfen und die Neuen alles putzen lassen, das

# Im roten Dreck von Baumholder

Der zu erwartende Streß des kurz bevorstehenden Herbstmanövers "Blaue Donau" schien unserem Kompaniechef Major Vockerod noch zu gering, so daß er seinen Mannschaften noch vor dem großen Spektakel einen Übungsplatzaufenthalt in Rheinland-Pfalz, 600 km fern der Heimat bescherte, worauf wir Soldaten uns natürlich richtig "freuten".

Auf dem unter der US-Besatzermacht stehenden Gelände in Baumholder konnte aber dann die Frage der Unterkünfte nicht ganz zufriedenstellend geregelt werden, so daß sich unser "lieber Chef" entschließen mußte, uns Mannschaften in einer Fahrzeughalle unterzubringen. Soweit, so gut.

Wir sollten froh darüber sein, nicht in Gottes freier Natur nächtigen zu müssen, meinte er. Jeder kann sich wohl unsere Schwierigkeiten vorstellen, trotzdem gewaschen und gestriegelt zum Morgenappell anzutreten. Aber dieses Problem war nicht das Problem des Major Vockerod und seines Packs, denn das war ja — außer den Unteroffizieren, die mit uns in der Halle untergebracht waren und denen es ebenfalls ganz schön "gestunken" hat — in einem festen geheizten Gebäude untergebracht.

Wir wissen das ganz sicher, weil ein Kamerad seinem Zugführer die Schuhe putzen mußte und dabei deren Unterkunft sehen konnte.

Außer einem Fernseher, der uns Mannschaften natürlich nicht vergönnt war, fielen ihm dabei viele Wein- und Whiskyflaschen auf, — wahrscheinlich hat dieser Umstand mit der "Vorbildlichkeit der Führung" zu tun. Aber das Tollste ereignete sich dann einmal am Wochenende. Die Baumholder Militärs feierten anlässlich des 40-jährigen Truppenübungsplatzes des Zentrums (40 Jahre Schleifen) einen "Tag der offenen Tür". Die Bevölkerung wurde dazu eingeladen, einen Teil des Unterdrückungsapparates (Bundeswehr) zu besichtigen. Untermalt wurde die ganze Schau mit zackiger Militärmusik. Wir in der Halle untergebrachten Soldaten waren natürlich ebenfalls der Meinung, daß man unsere "Behausung" unbedingt der Öffentlichkeit zeigen sollte. Die Luft in der Halle war stickig und da der Soldat ja die Pflicht hat, täglich zu lüften, begannen wir die großen Tore zu öffnen. Sofort befahl man uns — ohne Angabe der

Gründe — die Tore wieder zu schließen. Weitere Versuche unsererseits, uns Luft zu verschaffen, wurden durch Androhung von Strafen verhindert.

So mußten wir feststellen, daß sich Major Vockerod unserer Lage schämte, aber natürlich nichts dagegen unternahm.

Auf die Erklärung eines Offiziers, wir sollten uns eben als Soldaten kriegsähnlichen Situationen anpassen, — die in Rußland hätten auch keine festen Unterkünfte gehabt — meinte ein Kamerad gewitzt, man sollte doch zur Gewöhnung den Offizieren dann den Lohn streichen, da doch im Kriegsfall die Besoldung der Soldaten auch nie hundertprozentig gesichert sei.

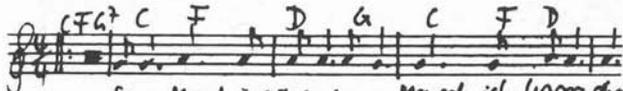
Den Abschluß der Geschichte bildete dann ein sonntäglicher Gottesdienst. Der Militärpfarrer bat Gott, uns beim Ertragen unserer Last zu helfen. Vorher mußten wir aber wegen übergroßer Schuld um Verzeihung bitten. Er sollte uns auch dabei helfen, die vielen Ungerechtigkeiten ohne Verzweiflung zu ertragen und uns als "Streiter für eine gerechte Welt stark zu machen."

So viel Überirdisches ist wohl einigen Kameraden zuviel geworden. Auf jeden Fall flogen in den folgenden Nächten die Flaschen in der Großkantine. Bestimmt war es die angestaute Wut der Mannschaften, daß es nicht nur bei ein paar Flaschen blieb, sondern daß plötzlich Dutzende von Flaschen und Krügen am Boden zerknallten. Als dann der ganze Saal vor Wut tobte und das Ganze beinahe schon wie eine Meuterei aussah, ließ der Wirt die Wache holen, obwohl er vorsorglich für jeden Behälter 1 DM Pfand verlangt hatte. Die Kasernenwache hatte große Mühe, die Mannschaften zu beruhigen. Sie versuchte es damit, irgendeinen Kameraden einfach abzuführen. Doch als sie ihn unter lauten "Z-ler raus!"-Rufen mitnehmen wollten, gingen alle Kameraden demonstrativ auf die Wache zu und verhinderten dadurch, daß dieser Kamerad abgeführt wurde.

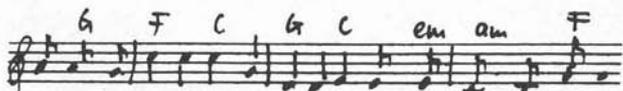
Aus diesem Erlebnis habe ich erfahren können, wie groß und unberechenbar die Macht einer wütenden Volksmenge sein kann, wenn sie der Unterdrückung überdrüssig wird und handelt.

Diese Macht organisiert und in die richtigen Bahnen geleitet, wird für den bürgerlichen Staat tödlich sein.

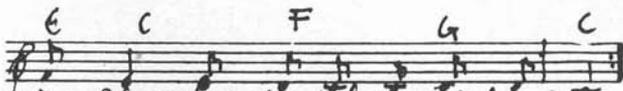
# Sonne, Mond u. NATOsterne



Sonne, Mond und NATOsterne, Mensch ich hasse die



Kaserne, Knobelbecher u. MG und den Arsch in Matsch



und Schnee und den Arsch in Matsch u. Schnee.

Sonne, Mond und NATO-Sterne:  
Mensch, ich hasse die Kaserne.  
Knobelbecher und MG  
und den Arsch in Matsch und Schnee!

Wenn du mal bei deiner Braut  
nachts dann über'n Zapfen haust,  
heißt es morgens wieder laut:  
Dein Gewehr ist deine Braut!

Mit der Zeit kriegt man ne Macke.  
Legt die Flossen auf die Flagge.  
Schwört bei Herrgott Treu und Ehr –  
Strauß und Genscher freun sich sehr!

Du übst Haus und Straßenschlacht  
oder Baader-Meinhof-Jagd.  
Drill kriegst du von den Strategen –  
gegen streikende Kollegen!

Mensch, Rekrut! Nun halt mal an!  
Morgen schießt du schon auf Mann!  
Weißt du wo dein Gegner steckt?  
Und wofür man hier verreckt?

Du bist nur Kanonenfutter.  
Mordest für Monetenschlucker.  
Schütz'st die Macht der Industrie –  
dafür bist du Massenvieh!

Drum nimm's Gewehr, lern trotzdem Schießen.  
Laß dich davon nicht verdrießen.  
Aber dann dreh um dein Schießgewehr:  
Für's Arbeiterheer !

## „Pläne von Strauß gegen die Einheitsgewerkschaft enthüllt!“

Staatsgewerkschaft in Chile gefällt Strauß so gut, daß er ihn durch die Hans-Seidl-Stiftung aus westdeutschen Steuergeldern mitfinanziert. Bei seiner Rückkehr aus Chile stellte uns Strauß die dortigen Verhältnisse als Vorbild hin. Und Strauß als ausgekochter Politikprofi — wie er sich selbst gern bezeichnet — weiß, was er sagt, somit weiß jeder, nach welchem Vorbild die Neugründung einer Konkurrenzgewerkschaft ausgerichtet werden soll.

Die enge Zusammenarbeit von Unionsmitgliedern so z.B. Otto von Habsburg mit der italienischen faschistischen Organisation MSI (Movimento Sociale Italiano Destra Nazionale) läßt erahnen, in welche Richtung die neu zu gründende Konkurrenzgewerkschaft gehen soll. Die MSI steht nicht nur personell, sondern auch programmatisch in der Tradition des italienischen Faschismus. Sie vertritt wie ihre Vorgängerinnen einen exzessiven Nationalsozialismus und fordert die Rückgabe der ehemaligen Kolonien in Nordafrika, Grenzrevisionen in Triest. Sie tritt ein für die Abschaffung der Gewerkschaften, an deren Stelle nicht-streikende Syndikate treten sollen. Auch bekämpft sie das bestehende Parteiensystem und die demokratischen Institutionen. Nicht allein durch die gemeinsamen Treffen von Unionsmitgliedern mit der MSI, sondern auch

durch die gemeinsamen Ziele, z.B. die Gewerkschaften abschaffen und durch nicht-streikende Syndikate zu ersetzen, lassen erkennen: Die Gefahr kommt von Rechts!

Viele Gewerkschaftler vertreten die Ansicht, erst mal abwarten, was daraus wird. Sie vergessen dabei, daß man mit einer Gefahr am schnellsten fertig wird, wenn man sie von Anfang an bekämpft und nicht erst wartet, bis es zu spät ist.!

Zusammenfassend kann man zu dem Schluß kommen, die Gefahr ist erkannt, jetzt gilt es zu handeln. Jeder Gewerkschaftler, ob Sozialdemokrat, parteilos, Christ oder Kommunist hat die Verpflichtung, von der Basis aus, das heißt, in den Vertrauensleutekörpern, in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, im Betrieb und wo auch immer gemeinsam Front zu machen gegen Strauß und seine Pläne. Die von der Gewerkschaftsführung selbst betriebene Spaltung der Einheitsgewerkschaft durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist schleunigst zurückzunehmen, denn eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft können wir uns nicht leisten, die nützt nur dem Kapital und den Gewerkschaftsfeinden und -spaltnern, Leuten wie Strauß, Stoiber und anderen CSU-Scharfmachern.

### Kleine Hausse an der Börse

Aus: MZ, 4.7.79

Frankfurt (ap). Die Nominierung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU hat am Aktienmarkt eine kleine Hausse ausgelöst. Die Standartwerte waren meistens zwischen drei und sechs Mark verbessert, doch wurden auch Tagesgewinne erzielt, die darüber hinausgingen. Die höchsten Tageskurse konnten dabei in der Regel behauptet werden. Lediglich einige Neben- und Spezialpapiere verloren an Boden. Siemens waren um 4,70 auf 251,50 verbessert, RWE Stämme um 5 auf 175, VW um 6,50 auf 212,50 und Linde um 6 auf 269. Bei den Banken stiegen Deutsche Bank um 4,20 auf 270,50. Von Farben waren besonders BASF auf 133 (plus 2,20) befestigt.

Kommentar von Großbankier Abs (der schon einmal wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt wurde):

„Gebt mir eine gute Regierung, und ihr bekommt eine gute Börse.“



Rund 48 000 DM wurden jeder Familie für Rüstungsausgaben seit der Gründung der Bundeswehr bis 1976 aus der Tasche gezogen.

Soldaten der Roten Armee, Kämpfer für den Frieden, reichen englischen Soldaten die Bruderhand über den Graben.



### DER GRABEN von Kurt Tucholsky, 1928

Mutter, wozu hast du deinen aufgezogen?  
Hast dich zwanzig Jahr mit ihm gequält?  
Wozu ist er dir in deinen Arm geflogen,  
und du hast ihm leise was erzählt?

Bis sie ihn dir weggenommen haben  
Für den Graben, Mutter, für den Graben.

Junge, kannst du noch an Vater denken?  
Vater nahm dich oft auf seinen Arm.  
Und er wollt dir einen Groschen schenken,  
und er spielte mit dir Räuber und Gendarm.

Bis sie ihn dir weggenommen haben.  
Für den Graben, Junge, für den Graben.

Drüben die französischen Genossen  
lagen dicht bei Englands Arbeitsmann.  
Alle haben sie ihr Blut vergossen,  
und zerschossen ruht heut Mann bei Mann.

Alte Leute, Männer, mancher Knabe  
in dem einen großen Massengrabe.

Seid nicht stolz auf Orden und Geklunker!  
Seid nicht stolz auf Narben und die Zeit!  
In die Gräben schickten euch die Junker,  
Staatswahn und der Fabrikantenneid.

Ihr wart gut genug zum Fraß für Raben,  
Für das Grab, Kamraden, für den Graben.

Werft die Fahne fort! Die Militärkapellen  
spielen auf zu eurem Todestanz.

Seid ihr hin: Ein Kranz von Immortellen -  
das ist dann der Dank des Vaterlands.

Denkt an Todesröcheln und Gestöhne.  
Drüben stehen Väter, Mütter, Söhne,  
schuftun schwer, wie ihr, ums  
bißchen Leben.

Wollt ihr denen nicht die Hände geben?  
Reicht die Bruderhand als schönste  
aller Gaben  
übern Graben, Leute, übern Graben!

**Aus der Reihe: Arbeitshefte zur politischen Schulung!**

Herausgeber: Zentralkomitee und Schulungskommission des Zentralkomitees des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD

**Nr. 1: Der deutsche Imperialismus**

Inhalt: Aggressivität als Grundeigenschaft des Imperialismus – Der staatsmonopolistische Kapitalismus und seine Entstellung durch die modernen Revisionisten – Kann ein starkes sozialistisches Lager die Außenpolitik des Imperialismus ändern? – Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus.

130 Seiten

DM 5,-

**Nr. 5: Schulungsleitfaden zu Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus**

Zu einigen Fragen der Strategie und Taktik der Kommunisten.

Inhalt des Arbeitsheftes:

Monopolkapital und Faschismus – Arbeiterklasse und Faschismus – Einheitsfront und proletarische Revolution.

67 Seiten

DM 8,50

**Nr. 6: Schulungsleitfaden zu W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus**

Inhalt des Arbeitsheftes:

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus – Die Banken und ihre neue Rolle – Finanzkapital und Finanzoligarchie – Der Kapitalexport – Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände – Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte – Der Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus – Parasitismus und Fäulnis – Der Platz des Imperialismus in der Geschichte.

75 Seiten

DM 8,50

**KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG**

PROLETARIEN ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

Das Zentralorgan des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, die **Kommunistische Arbeiterzeitung**, erscheint 14-tägig zum Preis von -,50 DM.

Halbjahresabonnement:

DM 8,-

Jahresabonnement:

DM 15,-

# Wissen ist Macht

**Nikolai Schpanow, Die Brandstifter**

Es liest sich wie ein Kriminalroman: hinter den Kulissen von Plüsch und Pomp ein erbitterter Kampf der Geheimdienste. Morde, Attentate und horrenden Millionenschiebereien. Schpanow zeichnet detailgetreu das Bild der Brandstifter, der Finanzmagnaten von der Wallstreet, von Rhein und Ruhr. Umfangreiches Quellenstudium befähigt den Autor offenzulegen, wie sie den deutschen Faschismus stützten: der Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ist der Krieg. Nicht als böse Einzelpersonen, sondern als Vertreter ihrer Klasse nach den Gesetzen des Profits. Eine Nachhilfelektion in Romanform und die Mahnung: die Herrschaft der Brandstifter ist noch immer ungebrochen!

1076 Seiten

jetzt 19,80  
DM 28,-

**Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD**

60 Seiten

DM 1,-

**Programmerkklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands**

**Damit Deutschland den Deutschen gehört**

40 Seiten

DM ,50

**Statut des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD**

40 Seiten

DM ,50

Die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung sowie andere fortschrittliche Literatur, Arbeiterromane, Lehr- und Sachbücher können bezogen werden über

Verlag Freies Volk GmbH  
Buch- und Zeitungsverlag  
Tulbeckstraße 4 (Rückgeb)  
8000 München 2

**VERLAG FREIES VOLK**

**Karl Liebknecht – W.I.Lenin****Militarismus – Antimilitarismus**

Sammelband

Verlag Marxistische Blätter DM 4.-

**Rührt Euch**

Antimilitaristische Soldatenkomitees berichten von ihrem praktischen tagtäglichen Kampf gegen den Militarismus, die Verfolgung durch den MAD und vieles mehr.

Rotbuchverlag DM 7.80

**J.Pomerin: NATO, Maßband und Moneten**

Deine Rechte, die wichtigsten Vorschriften, Tips, Zahlen, Informationen und Argumente für den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr.

Weltkreis-Verlag DM 4.80

**J.Pomerin: Rührt Euch, Kameraden**

Ein W 15 schreibt sein Tagebuch. Klar, unmißverständlich, "wehrzersetzend"

Weltkreis-Verlag DM 7.80

**Stories in Oliv**

23 Soldaten, Wehrpflichtige, Offiziere, Reservisten und eine Soldatenbraut schreiben selbst ihre Geschichten.

Weltkreis-Verlag DM 9.80

**F.Kraus: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-55**

Die Geschichte des Widerstands gegen die Remilitarisierung

Verlag Marxistische Blätter DM 7.50

**M.Kempe: SPD und Bundeswehr**

Dokumente über den "Friedenskampf" der SPD nach 1945 mit dem krönenden Abschluß: Leber Kriegsminister.

Pahl-Rugenstein-Verlag DM 12.80

**Philipp Müller – Polizeimord in Essen**

Am 11.Mai 1952 wurde bei einer Demonstration in Essen gegen den Generalvertrag der Kommunist Philipp Müller erschossen. An seiner Person wird der Kampf der Jugend gegen die Remilitarisierung nachgezeichnet.

Weltkreis-Verlag DM 9.80

**Waffen in der Bundesrepublik**

Eine Dokumentation über die Terrororganisation und ihr Fortbestehen über 1945 hinaus

Röderberg Verlag DM 4.-

**Tradition in der Bundeswehr**

Dokumentation über die Fortsetzung der Nazitradition in der Bundeswehr

**B. Engelmann, Wir Untertanen**Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch  
Fischer TB 1680 DM 8,80**Jürgen Pomerin: Die Neonazis**

J.P. war mehrere Wochen unerkanntes Mitglied der Hamburger Neofaschisten um Michael Kühnen. Hier sein Bericht.

Weltkreis-Verlag DM 7.80

**A. Hofe: Trilogie: Merci Kamerad, Schlußakkord, Roter Schnee**

Revolutionäre Berichterstattung über den 2. Weltkrieg.

Verlag der Nation, Berlin je DM 14,-

**Stephan Hermlin: Die erste Reihe**

Lebensbilder junger Antifaschisten

Weltkreisverlag DM 6,80

**W. Langhoff: Die Moorsoldaten!**

Der Roman zeigt den brutalen faschistischen Terror im KZ Börgermoor, aber auch den Widerstand und die beispielhafte Solidarität der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, die im KZ die antifaschistische Einheitsfront schmieden!

Verlag neuer Weg DM 8,80

**Anna Seghers: Das siebte Kreuz!**

Geschildert wird die Flucht von sieben Häftlingen aus dem Lager Westhofen, und die Überlebensgeschichte des einzigen Mannes, der durchkommt.

Luchterhand DM 9,80

**E. Greulich: Und nicht auf den Knien!**

Lebensbild des Jungkommunisten Artur Becker, der als Interbrigadist für Spaniens Freiheit fiel. Zeitraum: 1900 - 1939

**E. Greulich: Keiner wird als Held geboren!**

Beschreibung des illegalen Widerstands während des Hitlerfaschismus und im KZ. Zeitraum: 1936 - 1945

Weltkreisverlag DM 9.80

**John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten!**

Wahrheitsgetreue Darstellung des beispiellosen Kampfes und Sieges der Bolschewiki im Oktober 1917.

Dietz Verlag DM 7,50

**Adam Scharrer: Vaterlandslose Gesellen!**

Geschildert werden die Verbrechen der Imperialisten an der militärischen Front und die Lage des Proletariats vor allem in den Rüstungsbetrieben.

Oberbaum Verlag DM 11,50

**Anti-Strauß-Komitee: Dokumentation****"Stoppt Strauß"!**

Strauß und seine Hintermänner – Der Aufstieg und die Pläne des Führers der Reaktion. Zu bestellen bei: Heinz Jacobi, Martin-Greif-Str. 3, 8 München 2 DM 4,-

## Zeittafel der Remilitarisierung

- 8.5.1945** Bedingungslose Kapitulation. 60 Mio. Tote. Die Hauptlast des Krieges hatte die Sowjetunion zu tragen, 24 Mio. Bürger der SU starben bei der Verteidigung ihres Vaterlands.
- 2.7.1945** Ostblock lehnt Marshallplanhilfe ab. Im Rahmen des Marshallplans erhielt Westdeutschland 1 410, Großbritannien 3 440, Frankreich 2 800, Italien 1 520 Millionen Dollar. An Besatzungskosten bezahlte die BRD allerdings allein von 1949 bis 1953 30,8 Milliarden Mark.
- 2.8.1945** Potsdamer Konferenz der vier Siegermächte. Vereinbarungen: Entmachtung der Monopole, Ausrottung des Faschismus und Militarismus als Urheber des 2. imperialistischen Weltkriegs.
- 8.8.1945** Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki.
- 1946** KPD und SPD vereinigen sich in der SBZ zur SED
- 20.6.1948** Währungsreform. Sie vertiefte entscheidend die Spaltung Deutschlands. Kleine Sparer verlieren 93,5% ihres Geldes, Aktienbesitz wird 1:1 umgerechnet.
- Dez.1948** Adenauer beauftragt Hitlergeneräle, Geheimpläne zur Remilitarisierung zu erstellen.
- 23.5.1949** Grundgesetz der BRD tritt in Kraft. Die KPD stimmt dagegen, weil es ein reaktionäres Gesetz ist und die Teilung Deutschlands besiegelt.
- 24.8.1949** NATO-Gründung
- 15.9.1949** Adenauer wird Bundeskanzler
- 12.–14.10.1949** Gründungskongreß des DGB
- 22.11.1949** Petersberg-Abkommen, das Grundlagen für Wiederaufrüstung schafft.
- 25.6.1950** Beginn des Korea-Kriegs.
- 29.8.1950** Adenauer bietet "deutsche Soldaten" für Korea-Krieg an.
- 27.10.1950** Errichtung des Amtes Blank, das Remilitarisierung vorbereitet
- 30.11.1950** Verhandlungsangebot der DDR an die BRD zu Wiedervereinigung und freier Wahlen
- Feb. 1951** Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland: In der BRD verboten, trotzdem wurden 9 119 667 Unterschriften gesammelt. In der DDR vom 3. - 5.6. 51 durchgeführt, von 12 206 022 stimmten 11 622 969 mit "ja" =95,84 %.
- März 1952**
- 26.6.1951** Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ)
- 29.7.1951** Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
- 11.1.1952** Ratifizierung der Montanverträge, die Rüstungsbasis der NATO.
- 10.3.1952** Sowjetischer Friedensvorschlag: Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, Abzug aller Besatzungstruppen, Einhaltung des Potsdamer Abkommens, keine Beteiligung an einem Militärbündnis gegen einen an der Anti-Hitler-Koalition beteiligten Staat, Deutschland darf zur Verteidigung eigene Streitkräfte erhalten. Adenauer lehnt alle Verhandlungen ab. Der kalte Krieg wird verschärft.
- 11.5.1952** Philipp Müller wird in Essen von der Polizei erschossen
- 5.3.1952** Tod Stalins
- 7.5.1954** Frankreich, Großbritannien und die USA lehnen Antrag der UdSSR zum NATO-Beitritt ab.
- 5.4.1954** BRD tritt NATO bei!
- 14.5.1954** Gründung des Warschauer Pakts
- 6.6.1955** Umwandlung der "Dienststelle Blank" in "Bundesministerium für Verteidigung."
- 10.10.1955** Die ersten Soldaten der Bundeswehr werden ernannt. Es sind die beiden Nazigeneräle Heusinger und Speidel.
- 6.3.1956** Annahme des Wehrpflichtgesetzes, in Kraft getreten 25. 7. 56.
- 7.7.1956** Pariser Verträge, womit BRD in WEU und NATO vollwertiges Mitglied wird, mit 392 : 20 Stimmen im Bundestag ratifiziert, die SPD stimmt zu.
- 27.8.1956** Verbot der KPD

Preis : 1 DM